INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Nr. 255

30. September 1993

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

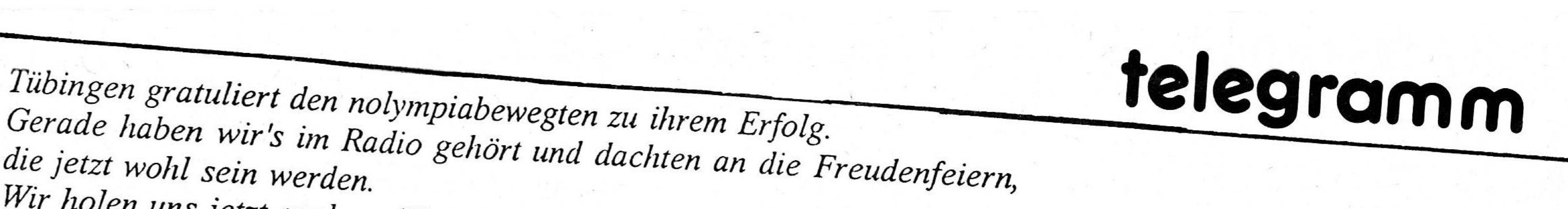
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Bei aller Freude – wir erklären uns solidarisch mit den Verlierern aus Sydney, den Aborigines zum Beispiel. Unser Kampf geht weiter, verhindern wir die Hauptstadt! *scheinschlag*

Berlin bleibt also No Olypic City (nur müssen die IOC-Bonzen zum nächsten Mal noch kapieren, daß wir "Nolympig Cities Überall" fordern) !
Nach der ausgelassenen und zT feuchtfröhlichen Feierei-daß wir gewinnen,passiert ja auch nicht so oft-kann es nun weitergehen. Mit Volldampf gegen die Hauptstadt. Ob die Bonzen und Senat wirklich einen Dämpfer gekriegt haben,wird sich in den nächsten Wochen + Monaten zeigen. Nicht zuletzt beim Umgang mit besetzten Häusern und Wagenburgen.
Zur Diskussion um die "Singer-Anzeige" in der taz sei auch noch auf die LeserInnenbriefe in der taz am 20.9. hingewiesen. (Interim 253)

diese Woche im Ordner:
- über Max Hoelz aus ND 11./12.9.93
- Gegen "Vegan/Hardline"

Inhalt:



telegramm

Tübingen gratuliert den nolympiabewegten zu ihrem Erfolg.
Gerade haben wir's im Radio gehört und dachten an die Freudenfeiern, die jetzt wohl sein werden.
Wir holen uns jetzt auch ne Flasche Sekt !
Euer Erfolg hat uns ermutigt, die Bundesjugendspiele an den Tübinger Realschulen nächstes Jahr zu sabotieren.

No sports
worldwide

volxsport

wir haben in der nacht vom 21. zum 22. september die deutsche bank in görlitz angegriffen. dabei wurden die fassaden der bankfiliale schlesische straße sowie der noch nicht eröffneten filiale ebenfalls schlesische straße farblich aus der grauzone herausgeholt. wir hoffen dabei aufrichtig,daß der ec- automat für immer in die ewigen jagdgründe eingegangen ist. die deutsche bank ist ein hauptsponsor der olympiabewerbung berlins. sie ist somit ein hauptgeldgeber dieses projektes, welches die stadtkultur berlins nachhaltig zerstören wurde. stichhaltige argumente hierzu wurden von der anti olympia bewegung ausreichend publiziert. eine kritische auseinandersetzung mit den spielen von 1936 hat in diesem land nicht stattgefunden. daran dürften sponsoren für olympia 2000 auch kaum interessiert sein,geht es ihnen letzlich nur um profit, das hochpeppen des deutschlandbildes und somit buhlen um potentielle investoren. mit denen soll berlin dann möglichst schnell und super zur bonzenmetropole aufbetoniert werden. menschen zählen dabei nicht. aber die strategen des senats haben sich verplant. kein olympia und keine hauptstadt an der spree!, kein ruhiges hinterland den sponsoren!

schneller,höher,weiterstadt, wir machen auch olympia platt!
die menschen aus dem malerkollektiv

Ausverkauf der Olympia-Reste

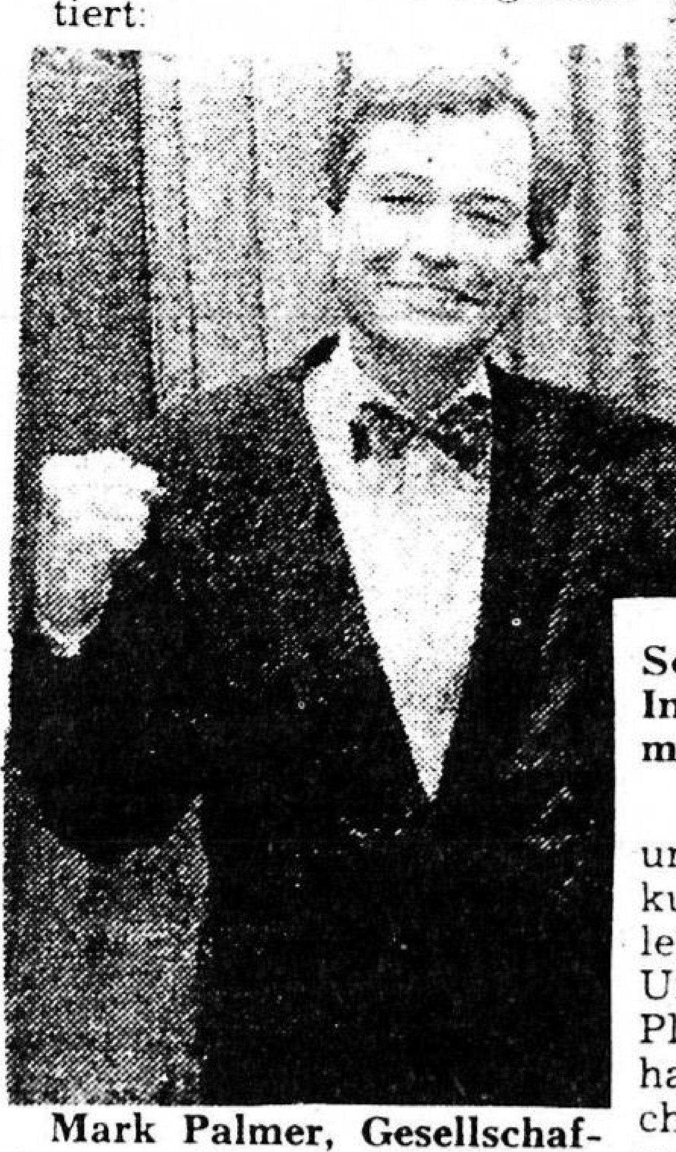
Berlins ehemalige Olympia-Sponsoren haben die Flagge gewechselt. Die Pleite vom Donnerstag muß wohl doch gravierender als nur „enttäuschend" gewesen sein, wie sie da gestern eher beiläufig Erwähnung fand. Nur vier Tage nach Monte Carlo erschienen jedenfalls die allseits bekannten Firmenlogos bereits auf einer ganz neuen Initiative: Berlin '98 – Investoren für die Hauptstadt. **Axel Springer Verlag, Berliner Bank, Berliner Kindl, Daimler Benz** . . .

Zwei Drittel der Deutschen halten die einstige Entscheidung für den Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin inzwischen für falsch. 68 Prozent der Befragten meinen, daß man sich mit dem Umzug Zeit lassen sollte. Lediglich 26 Prozent befürworten einen möglichst schnellen Wechsel von Bonn nach Berlin.

(ZDF-Politbarometer, 25.9.)

Vor der internationalen Presse forderten Sprecher von potentiellen Großverdienern an einem künftigen Unternehmen namens Bundeshauptstadt mit Nachdruck: „Wir erwarten eine zügige Umsetzung des Hauptstadtbeschlusses und keinen politischen Vertrauensbruch."

Und so wurde dabei in Statements sowie anschließend im kleinen Kreis argumentiert:



Mark Palmer, Gesellschafter und Geschäftsführer Checkpoint Charlie KG:

In den USA spricht man inzwischen unverblümt von Vorspiegelung falscher Tatsachen, nachdem es darum gegangen war, Investoren nach Berlin zu locken. Einhellige Meinung: Keine Investitionen, solange die Vertrauenskrise weiter vorherrscht.

Horst Kramp, Vorstand Schering AG, Präsident der Industrie- und Handelskammer:

Wir wollen investieren – und deshalb die Umzugsdiskussion endlich aus den Mühlen der Politik befreien. Ohne Umzugsdatum gibt es keine Planungssicherheit. Einige haben ihre Berliner Startlöcher längst in Richtung Osten verlassen.

Manfred Gentz, Vorstand Daimler Benz und debis AG:

Unsere Erwartungen waren nicht von Wiedervereinigungs-Euphorie getragen, sondern wesentlich durch die Hauptstadt-Entscheidung des Bundestages. Und diese Erwartung wird nun immer mehr in Frage gestellt.

Hartmann Kleiner, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Berlin und Brandenburg:

Berlin verlor rund 80 Prozent der Industriearbeitsplätze, und rund ein Fünftel seiner Arbeitslosen waren früher in den Strukturen der DDR-Hauptstadt tätig. Ohne baldigen festen Umzugstermin ist die Perspektive einer der größten europäischen Wirtschaftsräume in Frage gestellt.



Jack Schmuckli, Sony-Chef für European Operations:

Warum sollen denn, bitteschön, die reichen Deutschen nicht in der Lage sein, ihren Regierungssitz zügig in ihre alte Hauptstadt zurückzuverlegen?

Olympia-Sponsoren wechselten Flagge



Als Sonderangebot ist dieser Trabant im Olympia-Look in Berlin-Mitte nach der gescheiterten Bewerbung um die Spiele zu haben. Für den bisherigen Eigner bringt er nichts mehr, denn der Vermarktungsvertrag für das Berlin 2 000-Logo ist abgelaufen.
Foto: dpa





Das hörte sich gestern alles so überzeugend an, wie einst das Olympia-Konzept des Berliner Senats. Zumal der Regierende Bürgermeister Diepgen (CDU) noch schnell zwei ganz üppige Zahlen nachschob: Die an dieser neuen, also an der Berlin '98-Initiative beteiligten Firmen repräsentierten „ein Investitionsvolumen von 40 Milliarden Mark in Verbindung mit 175 000 Arbeitsplätzen".

Mit solchen Äußerungen waren aber die hochrangigen Sponsoren-Sprecher selbst auf Nachfrage hin zurückhaltender. Da war zwar von „Schub- und Sogwirkung" (Gentz) die Rede, kaum aber von Zahlen. Eher schon wurde deutlich, sich künftig sowieso mehr auf die kostengünstigeren Städte Warschau, Budapest und Prag zu konzentrieren. Die auch nicht – etwa beim Denkmalschutz – ganz so zimperlich sind, wie derzeit noch Berlin, wie Herr Schmuckli für Sony deutlich machte.

Diepgen beschwor deshalb die deutsche (Bonner) Provinz, nicht in Berlin, sondern eben in Warschau, Budapest oder Prag die tatsächlichen Konkurrenten zu sehen. Daimler Benz meldete daraufhin für den 11. 10. den ersten Spatenstich am Potsdamer Platz an. Bleibt sehr abzuwarten, ob ein „schneller Sparumzug" aus einem Spaten tatsächlich mal einen Bagger macht.

MICHAEL MÜLLER

Keine Chance der Säuberungswelle!

Keine Räumung der Waldeburg!

Auch nach ausgeträumtem Bärchentraum soll es weitergehen mit der Umstrukturierung Berlins zur teuren Schickie-Hauptstadt. Ab Oktober sollen 3 Millionen DM für einen Sportplatz anstelle unserer Waldeburg (Waldemarstr./Engelbecken) in den Sand gesetzt werden. Nur als Zwischenlösung - versteht sich - um uns los zu werden, denn im Wettbewerb "Heinrich-Heine-Str" ist hier Wohn-Geschäftsbebauung vorgesehen...
Und wie inszeniert mann so etwas am besten? Ganz einfach: Jahrelang in den Medien gegen uns als Kriminelle, Junkies (Heroin hat bei uns keine Chance) und Schand fleck hetzen. Dann SozialarbeiterInnen schicken, die für den "freiwilligen" Umzug ins Ghetto nach Pankow/Karow Bauwägen versprechen und auch sonst nur unser Bestes wollen. Und für die, die das alles nicht beeindruckt, bleiben die Schergen vom Heckelmann.

Doch so leicht werden wir es ihnen nicht machen!
Wir lassen uns nicht an den Stadtrand oder in Läusepensionen drängen! Wir halten zusammen und lassen uns nicht spalten! Wir organisieren unser Leben selber und gehören zum Kiez! Gerade in den letzten Wochen haben wir von vielen Menschen gehört, daß sie es gut finden, daß wir hier sind...

Schließen wir uns zusammen - Dem Säubern und Abschieben entgegen - Gemeinsam sind wir stärker - Waldeburg bleibt!

Wie könnt ihr uns unterstützen?

Hängt Solidaritäts-Laken aus Euren Fenstern!
Unterschreibt unsere Unterstützungserklärungen(bisher 500)!
Nervt die Politiker mit Briefen und Anrufen!
Schreibt LeserInnenbriefe an Zeitungen!
Kommt am Tag der Räumung zu uns!
Kommt zum

Aktionstag

Kiezpallaver

Sonntag 3.10.93



ab 14 Uhr Waldemarstr./Engelbecken

"Volxsportplatz neben Waldeburg" mit Sportplatz zum Selberbauen & gleich ausprobieren, Baumpflanzen, Essen & Trinken...

19 Uhr KIEZPALLAVER mit Video im Gemeindesaal
der St.Michael Gemeinde (Kreuzberg) Waldemarstr.8/Dresdenerstr.

K e i n e Räumung - Wir bleiben Alle!

V.i.S.d.P. Waltraud Agenburg, Waldemarstraße, Berlin

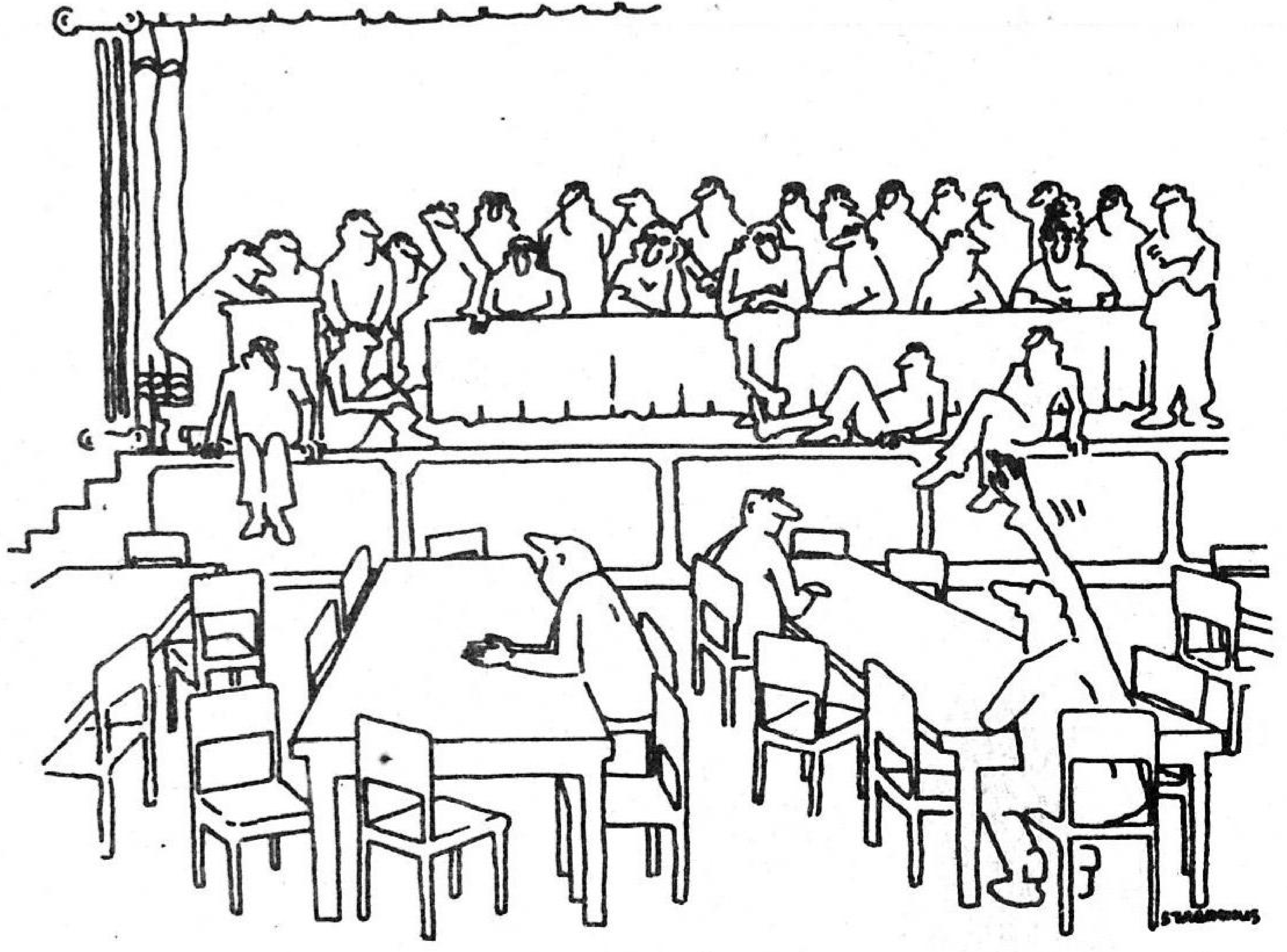
first of mai

Der erste Mai ist zwar schon lange vorbei...

Entstanden sind die nachfolgenden Zeilen im Rahmen von Diskussionen aus dem Aumapl (autonomes Mai-Plenum). Diese Kreis hatte sich gerade mal ein paar Wochen vor dem 1. Mai in aller Aufregung zusammengefunden, um in der Zeit unmittelbar danach im wesentlichen damit beschäftigt zu sein, genauso orientierungslos herumzuputschen wie andere Grüppchen, Parteien und Zirkel auch.
Das allgemeine Ergebnis dieser ahnungslosen Bemühungen war dann auch im Verlauf der Mai-Demo für ein paar tausend Menschen zu erleiden: Geleitet und angeführt wurden wir von einem wahrhaft heroischen internationalistischen Block mit grob 300 TeilnehmerInnen, die sich zum soundsovielten Male in Form eines großen Transparentes des Erbes des großen Arbeitermannes Marxengelsleninstalinmao versicherten. Als tapfere Soldaten der autonomen Partei stapften wir dann mit den restlichen 8000 Leutchens hinter unseren Anführern hinterher. Diejenigen von uns, denen die ganze Angelegenheit schon von Beginn an am O-Platz zu dumm war und wieder nach Hause gegangen waren, hatten, - wie sie es uns später gestanden - wenigstens ein schlechtes Gewissen dabei. Jedenfalls gab die allseits beliebte RIM ihre aus den letzten Jahren bekannte Mai-Einlage, was dazu führte, das mal wieder eine Reihe von Leuten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus überwiesen werden mußten. Die Polizei war mit dieser RIM-Metzelei deshalb nicht einverstanden, weil sie sich generell von niemanden gerne das Monopol auf Metzelei streitig machen läßt. Das führte dann auch dazu, daß die Bullen nachdem sie zunächst die RIM wieder nach Hause geschickt hatten, um so unnachsichtiger und rücksichtsloser das Metzelei-Monopol - durchaus auch aus Übungszwecken - an einer zunehmend kleiner werdenden Anzahl von Demo-TeilnehmerInnen zum Nachteil ihrer Gesundheit auszuübten.
Wie dem auch sei: Die Demonstrationsleitung im internalistischen Block traf schlußendlich die Entscheidung, die zwischenzeitlich auf 2000 Menschlein geschrumpfte Demonstration vorzeitig am Alexanderplatz abzubrechen. Eine Entscheidung von großer Weisheit, die doch gleichwohl zur Folge hatte, gerade der Ost-Bevölkerung aus dem Prenzlauer Berg das schöne Marxeneglsleninstalinmao-Transparent vorzuenthalten.
Wenn wir die ganzen Geschehnisse um diesen 1. Mai zusammenfassen, dann bleibt leider nur die wenig tröstliche Festellung, daß die gesamten Vorbereitungen, inhaltlichen Diskussionen - wenn's denn überhaupt welche waren - und der Ablauf dieses Tages ein Fiasko waren.
In den letzten 4 Monate wurde im Aumapl - wider meines eigenen Erwartens - ein wenig nach den Gründen für diese Pleite herumgesucht. Als besonders fruchtbar für diese Diskussionen haben sich dabei die sich nur scheinbar theoretisch ausschließenden Begriffe von "Politik aus Pflichterfüllung" versus eine "Politik aus Lebensgefühl" erwiesen, weil der Raum für Diskussionen immer von den Extremen her aufgerissen wird. Das reale Problem besteht für uns nur darin, daß genau die in diese beiden Begriffe verkörperten Seelen in unserer Brust schlummern, was denn auch in der politischen Praxis - wie es ja die 1.Mai-Demo gezeigt hat - zu mancher Konfusion führt.
Seitens des Revolutionären Mai-Plenums (Revomap) wurde uns in den Vorbereitungen beständig vorgeworfen für das schlimme Elend auf der Welt nur die kalte, mit öko-balsam eingeschmierte Schulter unseres höhnisch-zynisch-egoistischen Lebensgefühls in wollig-warmen-kuscheligen Wohngemeinschaften übrig zu haben. Dabei hat es von uns in den Auseinandersetzungen niemand fertig gebracht, zu den beliebig konstruierten Anwürfen der Revomaps an unsere Adresse einfach "Na und?" zu sagen. Stattdessen haben einige von uns immer mal wieder klammheimlich hin und herüberlegt, ob an diesen "Vorwürfen" nicht vielleicht doch etwas dran sein könnte. Das war zwar, nicht nur im nachhinhein betrachtet ein ziemlich großer Quatsch, verweist aber darauf, wie sehr wir wohl selbst in das von den Revomaps etwas windschief zusammengenagelte Pflichterfüllungs-Gedankengebäude verstrickt sind. Dabei besteht in dem was wir auch "politisch" unternehmen die einzige Aufgabe lediglich darin, - wem`s Spaß macht, kann das ruhig auch als "Pflicht" verstehen, - nicht "links", auch nicht "rechts" oder sonstwas zu sein, sondern alles dafür zu tun als Menschen glücklich zu sein. Und - um mit Marcuse zu sprechen - im Bündnis mit dem System können wir das natürlich nicht mehr. Das ist selbstverständlich.
Es wäre an dieser Stelle nicht uninteressant jetzt noch einmal in aller Ruhe nachträglich über die Vorstellungen der Revomaps herzufallen: Beispielsweise das sie olle Stalin eigentlich so schlecht nicht finden, demzufolge ihre Argumente auch beliebig, d.h. in letzter Konsequenz bis hin zur Lüge instrumentalisieren können und das sie ohnehin nicht die Spur einer Ahnung des Begriffes von Freiheit und Emanzipation besitzen. Aber genauso richtig ist es davon auszugehen, daß das Revomap - und das hat die Mai-Demo auch deutlich gezeigt - nur das vollkommene Nichts repräsentiert. Das heißt konkret zuende gedacht: Sie können sich noch nicht einmal in der ersten Person darstellen, weil sie - gemäß ihrer autoritär-funktionalistischen Vorstellungen - daran glauben, das Elend der Welt unbedingt stellvertretend für andere bekämpfen zu müssen. Und soetwas hat noch nie gut funktioniert: Weder für die einen noch für die anderen.
Auf dieser Ebene der Diskussion wäre es also ein leichtes die so banal funktionalistischen als auch zutiefst autoritären Vorstellungen der Revomaps wie dicke Tontauben vom Himmel abzuschießen. Eine derartige formale Vorgehensweise mit den Vorstellungen einer anderen Fraktion verdeckt allerdings aus meiner Sicht das viel gravierendere Problem, daß die wesentlichen Argumentations- Denk- und Handlungsstrukturen jener "anderen" Fraktion in letzter Instanz auch von den Leuten aus dem Aumapl geteilt werden. Insofern kann sich eine Kritik an der Mai-Pleite nicht mit einem derartig langweiligen Formalkram begnügen, sondern muß eine schonungslose Selbstkritik der eigenen Dummheit sein; eine Ahnungslosigkeit und Dummheit, die ja in der Praxis von den Revomaps am 1. Mai lediglich konsequenter zuende gedacht und auf den Punkt gebracht worden ist. Und genau das ist der Grund dafür, weshalb sie uns während der 1.

Mai-Demo als schöner Ausdruck eines Internationalismusverständnisses im wahrsten Sinne des Wortes mit einem Marxengelsleninstalinmao-Transparent nicht nur "anführen" konnten, sondern wir auch so dumm waren, da hinter her zu trotteln. (Die Vorstellungen des Revomap können in der INTERIM Nr. 237 und der Nr. 240 nachgelesen werden)
Wir werden es wohl noch lernen müssen uns der in Europa und auf der ganzen Welt spätestens seit dem 9. November ein wenig veränderten Situation zu stellen. In der Tat ist auch für uns im Alltag deutlicher als jemals zuvor zu spüren, daß es um uns herum einen Haufen von Menschen gibt, denen es schlechter geht als uns. Und realistischer Weise ist für die Zukunft zu vermuten, daß sich diese Situation - sehr allgemein gesprochen - für noch mehr Menschen eher verschlechtern als verbessern wird. Das wir mit dieser Entwicklung nicht einverstanden sind ist so selbstverständlich, das es der großen Worte darüber nicht bedarf. Für das um was es an inhaltlicher Klärung im Sinne einer scharfen Kritik gehen muß, ist das Wissen und moralische Beklagen über die Ungerechtigkeit auf dieser Welt jedoch nur von einem theoretisch zu vermittelnden Interesse. Die allseits beliebten Schnell- und Kurzschlüsse sowie Reflexe im Sinne einer heroischen Geste von: "Ich kämpfe gegen die Armut", immer zugleich verbunden mit der Unterstellung, das der gegenüber es nicht tut und damit automatisch mitverantwortlich für die ganze Scheiße gemacht wird, führt nur dazu, ein allgemein schlechtes Gewissen oder dumme Gefühle zu füttern. Derartiger Unsinn mag durchaus in der Kirche seinen Platz haben, für das was es zu begreifen - im Sinne von bekämpfen und zu verändern - gilt, sind derartige Zustände jedoch schlechte Ratgeber.
Wenn wir wollen, können wir die Situation durchaus mit dem etwas blumigen Begriff der "Krise" bezeichnen, was nichts anderes als eine Umschreibung für den Sachverhalt ist, daß das Alte zerfallen und das Neue noch nicht entstanden ist. Als ein zugegeben kleiner, jedoch notwendiger erster Schritt sind alle unsere überkommenen, bislang sauber gedachten Begrifflichkeiten und Vorstellungen an dem eingetretenen Prozeß der Veränderung zu überprüfen, gegebenenfalls zu verändern, und da wo es notwendig ist aufzugeben. Begriffe wie z.B. Kommunismus, Antifaschismus, Antiimperialismus, Internationalismus, Nationale Befreiung der Völker, Arbeiterbewegung usw. sind nicht mehr dieselben wie vor dem 9. November 89. Das hat sowohl Folgen für die von uns darauf untergründig bezogenen (moralischen) Reflexe als auch für die zwischenzeitlich schal gewordenen Scheinsicherheiten. In diesen Auseinandersetzungen hat es auch keinen Sinn mehr, sich mit der Konstruktion, daß je länger man irgendwo hinschaut, die "Bedingungen zwischen dies und das irgendwie unterschiedlich" sein sollen darüber hinwegzulügen, daß wir eine Kritik brauchen, die sich nicht in beliebig und d.h. latent autoritär zusammengebastelten Einserseits-andererseits-Details auflöst.
Dabei sind die in den Auseinandersetzungen um den ersten Mai 93 begrabenen Fragen und Reflexe genausowenig ein Zufall, wie es ein Zufall ist, daß Gruppen mit einem sorgsam ausgewählten faschistischen und antisemitischen Sprachgebrauch wie z.B. "Klasse gegen Klasse" glauben, sich als "Linke" verstehen zu können. Derartige Gruppen können sich in der Tat mit ihren verquasten Vorstellungen auf die Zerstörungsprozesse einer als "links" mißverstandenen stalinistischen Theoriebildung beziehen. Deswegen besteht eine Aufgabe in einer Reformulierung unseres Selbstverständnis als Autonome auch darin, unsere Kritik wieder scharf zu machen; und zwar so scharf, daß beispielsweise auch einer Gruppe wie "Klasse gegen Klasse" von vorneherein klar ist, das sie mit ihrem gerade in Doitschland nur zu bekannten Denkweisen eines "proletarischen" Hygiene- und Säuberungsfanatismus lieber gleich das Bündnis mit den Faschisten von der nationalrevolutionären "Deutschen Alternative" in Cottbus suchen soll, anstatt - zur Freude der bürgerlichen Presse - in der autonomen Szene ihr Unwesen zu treiben.
Klar erscheint mir jedenfalls, daß eine bestimmte Form eines Antiimp-Autonomen-Amalgans der alten BRD, daß sich in überschaubar definierten Verhältnissen, im Wechselspiel mit der staatlichen Repression aus Opfer-Moral und Militanz speiste, mitlerweile untergegangen ist. Wir stellen nun fest, daß unter der Fahne der kompromißlosen Ablehnung des BRD-Staates sowohl GegnerInnen einer jeden Nationalstaatlichkeit auf der Welt mit Leuten zusammengesegelt sind, die einen diesesmal aber wirklich "gerechten", d.h. sozialistischen Staat als Endzustand der Menscheit eigentlich so schlecht niemals gefunden haben und auch für die Zukunft nicht finden. Und das jeweils immer "begründet" nicht zuletzt mit dem 0-Argument der "unterschiedlichen Bedingungen" und so...
Aus meiner Sicht bleibt für uns aus dem 1. Mai 93-Fiasko zu lernen, daß unsere Formen immer den Inhalten zu folgen haben, niemals umgekehrt. Und wenn die Inhalte nicht mehr deutlich sind, weil sie sich so in der Realität entweder gar nicht oder nicht im Sinne einer befreienden Kritik wieder finden lassen, dann muß es eben wieder gelernt werden, sich einen Kopf zu machen. Alles andere, wo die alten Formen die nicht mehr bekannten Inhalte anführen, kann nur in den "Für das Gute - Gegen das Böse" - Sackgassen enden, wie es am deprimierenden Ablauf des revolutionären 1. Mai 1993 zu erleiden war. An diesem Tag wurde die Erkenntnis, daß doch am Anfang immer das Ende stehen muß, weil doch sonst das Neue das Alte wäre nicht beherzigt. Das war ein schwerer Fehler.
Kampf der Dummheit und den Fehlern auf allen Ebenen!

Ein Genosse aus dem Aumapl



„Ich schlage vor, die Wahl des Präsidiums abzuschließen."

Bundesweite Demonstration am 9. Oktober in Lübeck

Für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller!

Irmgard Möller wurde im Juli 1972 verhaftet und befindet sich seit über 21 Jahren als Gefangene aus der RAF im Knast. Irmgard ist jetzt 46 Jahre alt. Sie hat fast die Hälfte ihres Lebens im Knast verbracht.

Trotz dieser 21 Jahre Sonderhaftbedingungen, trotz all dem, was man gegen sie versucht hat, ist Irmgard nicht gebrochen, ist sie lebendiger Beweis, daß Menschen an ihren Zielen, Wünschen und Hoffnungen auch unter härtesten Bedingungen festhalten können.
Aber ihr Beispiel zeigt auch, daß Zeit keine unerschöpfliche Ressource ist. Irmgards Gesundheit ist durch die Haftbedingungen stark angegriffen und ihr Zustand zeigt sehr deutlich, daß nach dieser langen Haft keine Reserven mehr vorhanden sind.
Zur Zeit liegt dem Landgericht Lübeck erneut ein Antrag auf Irmgards Freilassung vor. Im Rahmen dieses Verfahrens findet voraussichtlich - sofern Irmgards Gesundheitszustand dies zuläßt - im Oktober eine Anhörung statt. Die Entscheidung liegt aber nur formal beim Landgericht, in Wirklichkeit handelt es sich um eine politische Entscheidung der Bundesregierung.
Um Irmgard im Vorfeld dieser Anhörung zu unterstützen, findet am 9.10. in Lübeck eine Demonstration statt. Wir wollen mit ganz vielen aus Berlin zu dieser Demonstration fahren.



Irmgard wollte nie als einzelne besonders herausgestellt werden und hat immer nach einer gemeinsamen Lösung für alle Gefangenen gesucht und für sie gekämpft. Wir wollen in einem erneuten Anlauf ihre Freilassung jetzt! Wir halten fest an der Forderung nach der

* *Freilassung der haftunfähigen Gefangenen*
* *Zusammenlegung der Gefangenen in Gruppen mit der Perspektive ihrer Freilassung*
* *sofortigen Aufhebung der Sonderhaftbedingungen bei Birgit Hogefeld.*

Abfahrt ab Berlin

4.30 Uhr (morgens)
U-Bahnhof Hallesches Tor
(Amerika-Gedenk-Bibliothek)

Busfahrkarten:
* **auf den Veranstaltungen**
* **Buchladen *Schwarze Risse* im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a**
* **Buchladen *O 21*, Oranienstr. 21**

Treffpunkt in Lübeck

11.00 Uhr
Parkplatz
Auf derWallhalbinsel

Irmgard Möller ist eine Gefangene aus der RAF, die seit Juli 1972 im Knast ist.
Irmgard ist eine von vielen Frauen, die sich gewehrt haben, Widerstand leisten, kämpfen.

"Als ich Irmgard 1976 zum ersten Mal im Knast traf, war ich erstaunt, wie fröhlich sie war. Sie brachte was mit von der Leichtigkeit, Großzügigkeit und Wärme der Revolte 1968, aus



der sie kommt.
Als ich sie 1992 bei einem Knastbesuch im Hochsicherheitstrakt in Lübeck wiedersah, war ich wieder erstaunt: natürlich hatten 20 Jahre Haft Spuren hinterlassen, aber was sie nicht verloren hatte, war diese Freundlichkeit und Wärme, sie fragte intensiv nach allem, was draußen geschieht. Besonders interessiert war sie an den Verhältnissen und den Menschen in der ehemaligen DDR."

Dazwischen liegen viele Jahre des bitteren Schweigens.

Die, die ihr am nächsten waren, gefangen in den Zellen neben ihr, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe wurden umgebracht. Ingrid Schubert, einen Monat später in ihrer Zelle in Stadelheim aufgehängt gefunden. Irmgard selbst wurde in der Nacht zum 18.10.1977 im Gefängnis in Stuttgart-Stammheim durch Messerstiche schwer verletzt. Ein Jahr zuvor war Ulrike Meinhof aufgehängt in der Zelle gefunden worden.
1978 machte Irmgard vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß eine ausführliche Zeuginnenaussage, in der sie die Staatsschutzlüge von einem Selbstmordkomplott bestritt.

Ein Jahr später,1979 wird Irmgard aufgrund von Kronzeugenaussagen in einem zweiten neuen Prozeß zu lebenslänglich und 15 Jahren verurteilt. Sie soll beteiligt gewesen sein am Angriff der RAF 1972 auf das US-Headquarter in Heidelberg gegen den Völkermord der USA in Vietnam.

Als einzige Überlebende von Stammheim, die beharrlich die offizielle Version vom "Selbstmord" bestreitet, soll sie offensichtlich nicht aus dem Knast.

Seit ihrer Verhaftung 1972 bis heute - die ganzen Jahre unter Sonderhaftbedingungen, Isolation, erbarmungslos abgeschnitten von anderen Menschen, neuen Entwicklungen, Auseinandersetzungen, neuen Erfahrungen und Beziehungen - wer von uns kann sich das vorstellen!

Irmgard wollte nie als einzelne besonders herausgestellt werden und hat immer nach einer gemeinsamen Lösung für alle Gefangenen gesucht und für sie gekämpft. Wir wollen ihre Freilassung jetzt und die aller politischen Gefangenen erreichen.

Wir wollen mit ganz vielen aus Berlin zu dieser Demonstration fahren, um unserer Forderung nach bedingungsloser Freilassung von Irmgard Nachdruck zu verleihen.

Wir finden, daß es unsere Verantwortung ist, sowohl gegen zunehmenden Rassismus und neue Kriege zu kämpfen, als auch einzutreten für die Freilassung derjenigen, die Widerstand geleistet haben und fast immer zu lebenslänglich verurteilt wurden.

antifa

Silvios Mörder vor Gericht

Am 13.9. hat der Prozeß gegen drei Jugendliche begonnen, die am Mord an Silvio Meier beteiligt waren.
Silvio wurde in der Nacht zum 21.11.92 auf dem U-Bahnhof Samariterstraße von rechtsradikalen Jugendlichen durch gezielte Messerstiche getötet. Der müsse tot sein nach solch einem Stich – so hatte einer der Täter kurz nach dem Mord gemeint. Zwei Freunde von Silvio wurden dabei lebensgefährlich verletzt, eine Freundin mit dem Messer bedroht.
Silvios Eltern sowie seiner Verlobten wird als geschädigten Personen der Zugang zum Prozeß verwehrt. Ebenso Christine, die laut Gericht damals „nur bedroht“ worden sei und der deshalb der Geschädigtenstatus aberkannt wurde. Von den mindestens vier direkt gewalttätig am Angriff Beteiligten stehen nur drei vor Gericht. Ob sich die Angreifer jemals zu verantworten haben, bleibt fraglich. Schließlich wurde anfangs sogar gegen die Angegriffenen ermittelt.
Der Prozeß gegen Silvios minderjährige Mörder findet aufgrund des Jugendstrafrechts unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Ähnlich wie bei den Morden in Solingen und Mölln werden auch hier die Angeklagten vom Gericht als betrunkene, unpolitische Einzeltäter betrachtet. Diese gehören laut Augenzeugen jedoch der rechtsradikalen Szene an, verkehren im rechten Lichtenberger Szeneclub „Judith Auer“. Nach der Tat, beim Weglaufen, rief einer „Ihr linken Säue!“
Hinter verschlossenen Türen werden jetzt Gesetze und Paragraphen so ausgelegt, daß politische Hintergründe verdrängt und schließlich Opfer zu Tätern gemacht werden. Ekkehard, beim Angriff schwer verletzt, war bereits früher schon einmal von Faschisten in seiner Wohnung überfallen worden, woraus man heute versucht, ihm eine gewalttätige Vergangenheit anzudichten. Ständig hat er das Gefühl, sich vor den Richtern rechtfertigen zu müssen. Er und Jorn, ein weiterer Verletzter, können als Geschädigte dem Prozeß beiwohnen, fühlen sich jedoch als emotionale Personen übergangen. Silvio war ein enger Freund von ihnen. Er würde, wie sie es bei diesem Prozeß wollen, aber nicht dürfen, nach den Ursachen der zunehmenden Gewalt in Deutschland fragen und an die Täter herantreten. Nebenklagen sind laut Jugendstrafrecht nicht möglich. Vom Staatsanwalt wird den Tätern bisher nur angelastet, was dem politischen Antlitz des Staates nicht schadet. Gerichtsurteile sollen letztlich unter der Bevölkerung Ruhe bewahren. Die eigentliche Schuldfrage wird damit nicht geklärt.
Rechte Propaganda und rassistische Hetze stoßen bei der Staatsgewalt oft auf taube Ohren, aktiver Antifaschismus ist bereits mehrmals von der Polizei niedergeknüppelt worden. „Die Rechten sind mir allemal lieber als die Linken“, hat die Mutter eines der Angeklagten sinngemäß geäußert. Mit ihrer Meinung kopiert sie beispielhaft offizielle politische und durch Medien verbreitete Auffassungen.
Etwa 200 bis 300 Menschen sind am ersten Prozeßtag zu einer Kundgebung vor das Gericht gekommen, zu der FreundInnen und KollegInnen aufgerufen haben. Ihnen geht es in erster Linie nicht um hohe Haftstrafen für die Täter, sondern darum, den Anteil eigener Schuld unter der Bevölkerung zu hinterfragen, kritische Auseinandersetzung mit sich selbst anzuregen.
Die Stiche gegen Silvio waren Stiche, die töten sollten. Wie nah, wie fern liegt das Unfaßbare? Und es geht den Freunden von Silvio vor allem um die menschliche Seite, vor dem Gesetz zweitrangig, in den Medien täglich mißachtet. Silvio war ihr Freund. Weder können sie vergeben noch vergessen.

Bettina

aus Scheinschlag Nr.20

DEMONSTRATION IN SALZWEDEL

Am 18.September 1993 gingen in Salzwedel/Sachsen-Anhalt ca. 300-400 Menschen aus verschiedenen Städten auf die Straße, um gegen den Paragraphen 129a, die Kriminalisierung von AntifaschistInnen und Faschismus zu protestieren.
Das vorher verbreitete Demonstrationskonzept sah eine nicht-militante Demonstration, an deren Spitze ein ausgerüsteter schwarzer Block gehen sollte, vor. Diese Demonstrationsform wurde gewählt, um möglichst vielen Menschen aus Salzwedel die Möglichkeit zu geben, so bei der Demonstration teilzunehmen, wie es ihrem politischen Selbstverständnis entspricht. Sehr erfreulich für uns war, daß das Demo-Konzept eingehalten wurde und fast die ganze Demo in Ketten lief und ca.zwei Drittel der TeilnehmerInnen vermummt war.
Die Befürchtung, zur Demo würden zahllreiche besoffene "Dorf-Punks" erscheinen, die auf action hoffen, erfüllte sich zum Glück nicht - im Gegenteil, die ganze Demonstration verlief diszipliniert und trotzdem sehr kraftvoll.
Zu kritisieren haben wir natürlich trotzdem etwas :
1) Zu wenige Transparente - das Kopftransparent kann das Demo-Motto allein nicht ausdrücken (und war auch zu klein)
2) "Kameramann-Arschloch"-Brüllerei - bei einer Demo, wo es aufgrund äußerst niedriger Polizeipräsenz (3-5 Polizisten) leicht möglich ist, sich durch Tücher oder Masken vor Kameras zu schützen ist es für uns nicht einsehbar, wieso FotografInnen beschimpft und teilweise angegriffen werden. Abgesehen davon waren mindestens 3 der "Kamera-Männer" Kamera-Frauen.
3) die Zeit und die Route waren nicht gut gewählt - es waren kaum noch Menschen auf der Straße und die Route führte teilweise recht weit durch unbelebtes Gebiet.

Trotz dieser Dinge fanden wir die Demo ganz lustig !

TeilnehmerInnen aus dem Magdeburger Bus/Offenes Antifaschist. Treffen

Andreas Speit

Doitscher Alltag in Wernigerode

Es ist in diesem Land mittlerweile nichts Neues oder gar Verwunderliches, zu sehen, wenn und wie die Polizei und der gesamte Staatsapparat gegen rassistische und faschistische Aktivitäten vorgeht. Antifaschistische Aktivitäten werden zu unterbinden versucht. Und wenn dies nicht gelingt, wird versucht, die antifaschistische Bewegung zu kriminalisieren. Fulda hatte zahlreiche Vorläufer, einer war in Ilsenburg bei Wernigerode.

Unter dem Motto: 'Schluß mit der Kuschelpolitik des Staates - Widerstand gegen faschistische Zentren' war für den 17. Juli '93 in Ilsenburg eine Demonstration angekündigt worden. Intention der Demonstration war, auf die rassistisch motivierten Anschläge und neofaschistischen Aktivitäten in der Region Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode aufmerksam zu machen und dem Herangehen der Stadtverwaltungen an das 'Problem Gewalt' eine Absage zu erteilen. Gründe für die Demonstration gab es und gibt es genügend.

Im November '92 griffen 100 Neonazis mit Molotowcocktails und Steinen unter dem Beifall von über 500 Bürgerinnen und Bürgern vier Tage lang, vom 7.-11.9., in Quedlinburg ein Flüchtlingsheim an. Knapp einen Monat später, am 17.10., überfielen 14 'rechtsgerichtete' Jugendliche ein Flüchtlingsheim in Thale (nahe Quedlinburg) und versuchten, drei vietnamesische Frauen zu vergewaltigen. Beide Vorfälle gingen groß durch die Presse. Es war die Zeit der Lichterketten. Doch so schnell, wie die Kerzen erloschen, so schnell erlosch auch das Interesse an diesen und ähnlichen Geschehnissen. Es gab zwar 26 Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit den genannten Vorfällen. Mehrere Waffen, wie aufgebohrte Schreckschußpistolen, Schlagstöcke, Schlagringe etc. und Materialien / Broschüren von neofaschistischen Gruppen sowie Hakenkreuz- und Reichskriegsflaggen wurden sichergestellt. Von einem juristischen Nachspiel war jedoch nichts mehr zu bemerken. Ein politisches Klima, in dem sich neofaschistische Gruppen und Parteien besonders wohl fühlen.

Am 26. Februar '93 nahmen ca. 200 Personen die Einladung der neofaschistischen FAP ins Kreiskulturhaus Wernigerode, angemietet bei der Stadt über einen Strohmann, wahr. Geleitet wurde die (Werbe-)Veranstaltung vom niedersächsischen Parteivorsitzenden der FAP, **Thorsten Heise**. (Mittlerweile wird die Stärke der FAP zwischen 60 und 80 Personen in der Region geschätzt.) Im Vorfeld der Veranstaltung wurde eine Disco von Neonazis angegriffen. Doch die FAP redet nicht nur und macht Aktionen, sondern sie kümmert sich auch um die Kultur für ihre neuen Mitglieder. In der Gaststätte „Salzbergtal" fand am 26. April '93 ein Konzert mit zwei Faschobands und ca. 600 TeilnehmerInnen statt. Der am Anschluß geplante Angriff auf das ehemalige alternative Jugendzentrum „Schlachthof" wurde in letzter Minute von einem massiven Polizeiaufgebot verhindert. Im selben Monat überfielen die Neonazis eine schwangere Vietnamesin, welche ärztlich behandelt werden mußte.

Nun sahen sich auch die Stadtväter und -mütter genötigt, zu handeln; und sie handelten. Zuvor stellten sie wohl fest, daß Rassismus und Neofaschismus irgendwie hauptsächlich und ursächlich ein Jugendproblem sei. Denn sie taten, war zur Zeit alle tun, die diese 'Erkenntnis' als 'Lösung des Problems' sehen. Sie organisierten finanzielle Mittel für ein Jugendzentrum, aus dem Topf des „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt" (AgAG) vom „Bundesministerium für Frauen und Jugend". Bundesministerin Angela Merkel skizzierte die Intention des Projektes wie folgt: „... die Erfahrungen in Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen weder organisiert, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind. Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet - um also die Aufmerksamkeit anderer, der Öffentlichkeit, auf sich zu ziehen; weil man sich vernachlässigt, unverstanden, ausgeschlossen fühlt.

In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein verborgener Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern, ihnen bessere Zukunftschancen bereitzustellen und sinnvolle Betätigungsfelder zu eröffnen. Die Gesellschaft kann diese Jugendlichen zurückgewinnen, wenn sie diese Hilferufe hört und aufnimmt". Ziel ist es also, die Jugendlichen wahrzunehmen, ernst zu nehmen und „von der Straße zu holen"(0). Letzteres wurde geschafft. Ernstgenommen werden sie aber nicht. Eine Auseinandersetzung mit ihrem 'Gedankengut', mit dem, was sie denken und fühlen, findet nicht statt. Schon zur Einweihungsfeier des Jugendzentrums „Der Harzblick" in einem Neubaugebiet in Wernigerode kam das gewünschte 'Klientel'. Den Wunsch der neofaschistischen Jugendlichen, sich bei der Eröffnungsfeier mit einem kulturellen Beitrag einzubringen, wurde gern stattgegeben, und so ertönte dann ein altes Soldatenlied. Anschließend zogen sie mit Hitlergruß zu einer gegenüberliegenden Kaufhalle und sangen alte Nazilieder. Die anwesenden Stadthonorationen waren sprachlos und verschwanden leise. Diese Sprachlosigkeit ist geblieben. Einige Mitarbeiter der Jugendpflege klagen schon seit Bestehen des Zentrums ein Gespräch mit der Stadtverwaltung ein, um eine pädagogische Konzeption zu erarbeiten. Doch diese fehlt bis heute. So konnte sich das Jugendzentrum zu einem Dreh- und Angelpunkt für die neofaschistische Bewegung in der Region etablieren. Ohne laufende Kosten wurden bisher 90.000 DM für den Kauf des Gebäudes und ca. 80.000 DM zur Renovierung ausgegeben. Die Bereitstellung von Räumen ohne pädagogische Konzeptionen reicht eben nicht.

Und wenn keine Inhalte geboten werden, man/frau froh ist, daß 'irgendwie Ruhe' ist, dann bieten andere Inhalte und Aktionen an. Fast jedes Wochenende bekommen die Jugendlichen Besuch von **Bernd Kiefer**, FAP-Mitglied aus Goslar, der vor der 'Wende' in Wernigerode lebte. Zweimal konnte auch der Besuch von Thorsten Heise beobachtet werden. Nach Aussagen von Jugendlichen besucht außer 'rechtsangehauchten' Jugendlichen niemand mehr das Zentrum. Ebenso konnte beobachtet werden, daß ausgehend vom Harzblick die anderen drei Jugendtreffs in Wernigerode besucht und gezielt Jugendliche angesprochen wurden (1). Insbesondere die FAP versorgt sie mit Material und Infos. Desöfteren war zu sehen, wie die angesprochenen Jugendlichen gemeinsam mit Personen aus dem FAP-Umfeld wegfuhren.

Doch dieses eine Zentrum scheint der FAP nicht zu reichen. Laut Aussagen aus den eigenen Reihen der FAP verhandeln sie mit der Stadt Wernigerode um ein eigenes Haus. Der Stadtverwaltung und dem Liegenschaftsamt liegt zwar bisher keine offizielle Anfrage vor, die Pressesprecherin der Stadt Wernigerode räumte aber ein, daß die FAP es über einen Strohmann versuchen könnte. Hierfür liegen bisher aber noch keine Erkenntnisse vor (2). In diesem Sinne äußerte sich auch der stellvertretende Bürgermeister Andreas Heinrich, Bündnis 90/Grüne auf eine Anfrage von AntifaschistInnen aus Quedlinburg (3).

Daß sich die FAP diese Region als ein Zentrum ihres Wirkens herausgesucht hat, macht sie auch damit deutlich, daß sie für den 11. Juli in Wernigerode einen 'Parteitag' (Kameradschaftsabend trifft es wohl genauer) angemeldet hatte. Wegen einem allgemeinen Versammlungsverbot, verfügt vom Landkreis, und der Präsenz der Polizei fand dieses Treffen in Wernigerode nicht statt. Unter dem 'Schutz' der Polizei konnten die Gäste der Veranstaltung auf die 'Raststätte Seesen' ausweichen, und dort ungestört tagen.

Einer der traurigen Höhepunkte der neofaschistischen Aktivitäten in der Region, der auch den konkreten Anlaß für die Demonstration am 17. Juli gab, waren die Geschehnisse in Ilsenburg (ca. 10 km von Wernigerode entfernt) am Abend vor dem geplanten Parteitag der FAP. In der Nacht vom 10. zum 11. Juli überfielen etwa 30 Neonazis aus Wernigerode, Hildesheim und Goslar zwei Jugendliche, welche mit dem Fahrrad unterwegs waren.

Mit Baseballschlägern, Steinen und Stiefeltritten verletzten sie eines der Opfer lebensgefährlich. Der 19 Jährige erlitt eine Schädelfraktur, die zu einer halbseitigen Lähmung des Gehirns führte. Erst am darauffolgenden Sonntag war er außer Lebensgefahr. Das andere Opfer erlitt mehrere Knochenbrüche. Als herbeieilende Feuerwehrmänner den Opfern helfen wollten, wurden sie von den Neonazis angegriffen. Ein Feuerwehrmann erlitt einen Herzanfall. Wahrscheinlich wurde wegen diesem Vorfall die FAP-Veranstaltung verboten.

Der gesamte Tatvorgang wurde von einem



Neonazi mit der Videokamera gefilmt. Nach einer Hausdurchsuchung stellte die Polizei das Videoband sicher. Mehr passierte jedoch nicht. Das Kommissariat 7 in Halberstadt hat nach eigenen Auskünften 'einige' Vernehmungen durchgeführt. Was dann aber geschieht und wann etwas passiert, konnte nicht gesagt werden.

Wesentlich schneller griff die Polizei und der Staatsapparat gegen die antifaschistische Demonstration in Ilsenburg ein. Diese wurde kurzerhand verboten. Warum, ist bisher immer noch nicht geklärt. Für den gesamten Landkreis galt: - keine Antifa-Demo. Im Vorfeld und gleich zu Beginn der Demonstration machte die Polizei dies auch deutlich. 'Verdächtig' aussehende Personen wurden im gesamten Landkreis aus den Autos geholt. Ca. 150 Personen sollen in den Kontrollen hängengeblieben sein. Etwa 200 Demonstranten gelang es, durch die Vorkontrollen zu kommen. Gleich zu Beginn der Kundgebung kesselte die Polizei sie ein. Der Einsatzleiter der Polizei ließ keine Zweifel daran, daß seine Beamten keine Demonstration bzw. Kundgebung zulassen und gegebenenfalls diese auflösen würden. Die Gesprächsbereitschaft der Demonstrationsleitung beantwortete die Polizei damit, daß sie den Kessel enger zogen. Um die Situation nicht weiter aufzuheizen, löste sich die Kundgebung auf und fuhr als Konvoi nach Wernigerode. Dort konnte unter starkem Polizeiaufgebot eine kurze Spontandemo stattfinden. Über 500 Polizisten mit entsprechender Rüstung und der 'notwendigen' Technik (Hubschrauber etc.) waren laut Wernigeröder Zeitung im Einsatz (4).

Gegen das Verbot der Demonstration haben die VeranstalterInnen am 19. Juli beim Landrat des Landkreises Wernigerode Widerspruch eingelegt. Bisher hat der Landrat nicht reagiert.

„Wernigerode ist eine Stadt des Friedens, die sich gegen jegliche Form von Gewalt, egal ob von links oder rechts, verwehre", betonte die Pressesprecherin der Stadt. Sorgen um Ruhe und Ordnung machen sie sich aber doch. Aber: „Sie habe vollstes Vertrauen zu ihren Sicherheitskräften" (5). Worüber sie sich keine Sorgen machen müssen, ist, daß sie von irgendeiner höheren Dienststelle wegen ihrer 'Befriedungspolitik' Ärger bekommen könnten. Ganz im Gegenteil, da liegen sie voll im Trend - den Neofaschisten Raum und Räumlichkeiten geben, die AntifaschistInnen konsequent bekämpfen.

So sei zum Schluß erwähnt, daß auch die NPD sich in diesem Klima etablieren konnte, und auch Rudolf Krause bei einem Treffen der Republikaner im „Ratskeller" in Quedlinburg in Aktion trat. Wen wunderts?

Anmerkungen:
(0) zitiert nach: 'Antifa-Info' Nr. 21, März/April 1993
(1) in der 'Jungen Welt', 20. Juli 1993, 'Protest trotz Verbot' schreibt Anette Schneider, daß die Stadt Wernigerode vier rechte Jugendklubs finanziert. Nach Infos aus der Kreisjugendpflege Wernigerode und der Antifa konnte dies so nicht belegt werden. Belegt ist, daß sie alle Kontakt zur Neofa-Szene haben (siehe wie im Text)
(2) zitiert nach einem Telefonat mit der Pressesprecherin vom 19. August '93
(3) siehe auch: Harzer Volksstimme Wernigerode, 18. Juli '93
(4) Wernigeröder Zeitung, 19. Juli '93
(5) siehe: (2)

Abschrift der Presseerklärung der **AUTONOMEN ANTIFA SCHWEDT (aas)**
Kontakt über: Infoladen Bambule, z.Hd. aas, Schönhauser Allee 20, 10435 Berlin.

PRESSE-INFORMATION vom Montag, dem 20. September 1993
"Fascho-Terror auf Rock-Konzert"

Am Samstag, dem 18. September, fand im Schwedter CAFÉ LISA ein Rockkonzert statt. Als Ordner waren in dem Café, das schon mehrfach Ziel faschistischer Angriffe war, u.a. auch Nazi-Skinheads eingesetzt.
Während des Konzertes sammelten sich am Café 30-40 Faschisten, unter ihnen die Führer der Schwedter NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) bzw. ihrer Nachfolgeorganisation FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND (FMJ). Sie fotografierten die Gäste des Cafés. Ein Gast wurde verbal von den Nazis bedroht. Dieser beschwerte sich bei der für die Veranstaltung verantwortlichen Vertreterin des Jugendamtes (**PETRA SCHWARZ**). Die Fascho-Ordner griffen sich den jungen Mann daraufhin und warfen ihn raus. Statt ihn zu schützen, übergaben sie ihn ihren "Kameraden".
Er wurde daraufhin von den Faschisten vor dem Café zusammengeschlagen, er flüchtete, wurde eingeholt und völlig zusammengetreten. Er liegt mit schweren Gesichtsverletzungen auf der Wachstation im Klinikum Uckermark.
Das Vorgehen der Faschisten gegen genau diesen Gast, einem links-orientierten und politisch sehr aktiven Mann, unter Anleitung der NF/FMJ-Kader, läßt auf eine vorbereitete, zielgerichtete Aktion schließen.

Die Veranstaltung war polizeilich nicht abgesichert. Warum dann noch ausgerechnet Rechtsradikale als Ordner eingesetzt wurden und warum sie den Linken den vor dem Café wartenden Faschisten ausliefern konnten, ohne daß z.B. die Vertreterin des Jugendamtes darauf reagierte, ist uns schleierhaft. Fräulein Schwarz hat sich dafür zu rechtfertigen, das Konzert liegt auch in ihrem Verantwortungsbereich, da es im Rahmen der vom Jugendamt organisierten WOCHE DER JUGEND stattfand.

Wir sehen den Vorfall auch im Zusammenhang mit dem Jugendforum vom vorhergegangenen Mittwoch, bei dem die Stadtregierung ihre "tolle" Jugendarbeit lobte, und die Probleme "Jugendgewalt" und "Rechtsextremismus" völlig verschweigen wollte. Sie präsentierte auch wieder einmal einige "gesprächsbereite" rechte Jugendliche.
Eben diese Jugendlichen jagten nach dem Treffen eine junge Frau (die gerade ein paar Journalisten die Stadt zeigen wollte) quer durch Schwedt, um sie "aufzuklatschen".
Eben diese Jugendlichen waren auch bei der Randale beim Rochkonzert dabei!

Schwedt ist eines der bedeutendsten Zentren des organisierten Rechtextremismus in Brandenburg, und dies versucht die Stadtregierung medienwirksam z.B. mit der WOCHE DER JUGEND zu leugnen. Dafür haben sie jetzt die Quittung bekomen, der Schuß ging nach hinten los. Speziell im Jugendamt müssen Konsequenzen gezogen werden. Wir wollen nicht warten, bis wieder einer unserer Freunde zu Tode kommt.
Es gab schon genug Opfer rechtsextremistischen Terrors in unserer Stadt!

Wir forder die Absetzung des verantwortlichen Jugendamtleiter Fleischmann, und die Erarbeitung schlüssiger Konzepte gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Wir bieten uns einem neuen Jugendamtsleiter dafür als Diskussionspartner an.

Diese Stadt hat in unverschämter Weise Rechtsradikale toleriert oder gar unterstützt, linke und alternative Jugendliche wagen sich kaum mehr auf die Straße. Wir sind gerne bereit, interessierten Medien oder politischen Stellen weitere Informationen dazu zu geben.

Autonome Antifa Schwedt



ausschließlich für Frauen!!

10 JAHRE WILDWASSER e.V. Berlin

ÖFFENTLICHE VORTRÄGE

im Mathegebäude der TU-Berlin, Straße des 17. Juni Nr. 135, Raum MA 001

Do. 30.9. 10-13 Uhr

Eröffnung durch

» **Heide Neunert**
Vorstand Wildwasser e.V., Berlin

Vorträge von

» **Prof. Dr. Birgit Rommelspacher/Berlin**
10 Jahre Rückblick

» **Sylvia Nitschke/Berlin**
WILDWASSER: von der ersten Selbsthilfegruppe bis heute - Entwicklung in Berlin und anderen Orten

Fr. 1.10. 9-13 Uhr

Vorträge von

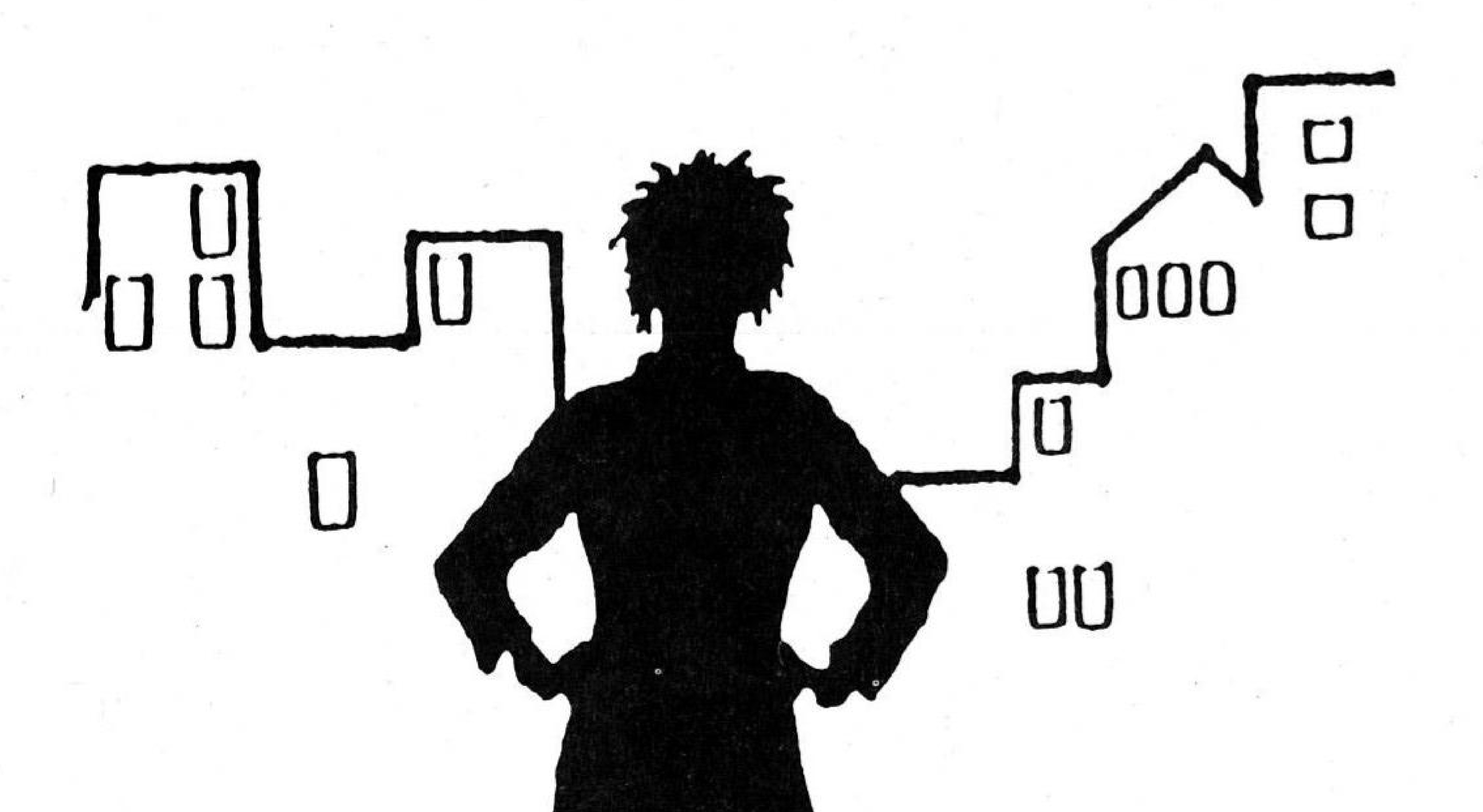
» **Judith Rothen/Rotterdam**
Traumatisierende Wirkung von sexuellem Mißbrauch

» **Ineke Jonker-De Putter/Alphen a.d. Rijn**
Sexueller Mißbrauch in religiös gebundenen Familien

» **Francien Lamers/Amsterdam**
Rollback bei sexuellem Mißbrauch

Tageskarte: 25,- DM, für beide Vormittage: 40,- DM (erhältlich vor Ort)

Samstag, 2.10. 18.00 - 1.00 Uhr



FEST IM TEMPODROM

In den Zelten (neben d. Kongreßhalle)

mit

Ann Earth and the Planets
Tombola, Disco, Stockkampf
Gesang, Tanz

Einlaß: 17.30 Uhr

Eintritt :	***15,- DM***
ermäßigt:	***12,- DM***
Mädchen bis 18 Jahre:	***5,- DM***

Veranstalterin:
WILDWASSER e.V. BERLIN

KOMMT
ZUR DISKUSSIONSVERANSTALTUNG: DIE BEFREIUNG DER FRAU UND DIE SOZIALISTISCHE OKTOBERREVOLUTION

Der Jahrestag der russischen sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in diesem Jahr 1993, fällt in eine Zeit, die geprägt ist vom Zusammenbruch des revisionistischen Lagers mit der sozialimperialistischen Sowjetunion an der Spitze. Kriege, Nationalitätenkonflikte, Pogrome sind in diesen Ländern an der Tagesordnung. Entsprechend ist auch die Hetze der westlichen Politiker in den westlichen Medien. Es vergeht kein Tag wo nicht getönt wird, ja, das war der Sozialismus! Seht ihr!

Aber es war eben nicht der Sozialismus, der dort zu Trümmern gegangen ist. Es war ein bürokratischer, verknöcherter Staatskapitalismus, der seit Ende der 50'ger Jahre in diesen Ländern den Sozialismus gestürzt hat. Aber das löscht die historische Tatsache nicht aus, daß der Sozialismus trotz alledem in der Sowjetunion existiert hat. Unter den brutalsten Bedingungen des Hungers, der Not, der Arbeitslosigkeit, der Wohnungslosigkeit, der Seuchen und des Angriffkrieges der imperialistischen Mächte haben die Frauen und Männer des Proletariats in Rußland ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen. Sie haben mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an der Spitze den Sozialismus aufgebaut. Der Aufbau des Sozialismus war gleichzeitig der Beginn der Befreiung der werktätigen Frauen. Exemplarisch wollen wir diesen Weg der Befreiung der Frau von imperialistischer und patriarchaler Unterdrückung in der Sowjetunion aufzeigen. Die werktätigen Frauen der Sowjetunion, die Arbeiterinnen, Bäuerinnen, die Frauen des Ostens, die Arbeiterhausfrauen, die Heimarbeiterinnen etc. sie alle waren unter der zaristischen Herrschaft die Unterdrücktesten der Unterdrückten. Rechtlos, unwissend, geduckt und gedemütigt, der Willkür des Ehemannes und des Feudalherrn und Fabrikbesitzers völlig ausgeliefert – das war ihr Los. Die bürgerliche Februarrevolution 1917 hat an der rechtlosen Lage der Frau fast nichts verändert.

Die sozialistische Oktoberrevolution, die Schlacht der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker hat den Weg auch zu ihrer Befreiung eröffnet. Geleitet vom Programm der Kommunistischen Partei wurde das Riesenwerk begonnen in die gesellschaftliche Praxis umzusetzen. Eine hervorragende Rolle im Kampf um den Weg der Befreiung der Frau spielten die revolutionären Frauen, die heldenmütigen Kämpferinnen und die Bolschewikinnen. Unter Führung der KPdSU und ihren speziellen Organen zur Arbeit unter den Frauen wie den Shenotdjel wurde in allen gesellschaftlichen Bereichen der Nährboden und die Grundlagen für die Unterdrückung der Frau nach und nach beseitigt. Es war kein leichter, gradliniger Weg. Es war ein schwieriger, steiniger, auch von teilweisen Rückschlägen begleiteter Weg, der ungeheure Widerstände sowohl objektiver wie auch subjektiver Natur zu überwinden hatte. Der Kampf für die Hereinziehung der Frau in die gesellschaftliche Produktion, die Heranziehung der Frau in die Politik, die grundlegende Veränderung der Beziehung von Mann und Frau, die Zerschlagung der versklavenden Traditionen gegen die Frau, die Vergesellschaftung von Kindererziehung und Hausarbeit, das waren die Hauptaufgaben.

Auf unserer Veranstaltung werden wir Informationen, Fakten und unsere Einschätzung zu dieser Entwicklung zur Diskussion stellen. Anhand von einer Fotoausstellung und Dias wollen wir die gesellschaftliche Wirklichkeit der Frauen in der Sowjetunion wiedergeben. Unsere Veranstaltung ist für alle interessierten Frauen und Männer geplant. Wir laden vor allem alle revolutionären, fortschrittlichen und kommunistischen Frauen/Lesben ein zu unserer Veranstaltung zu kommen. Wir werden die Redebeiträge teilweise in deutsch, teilweise in türkisch vortragen. Die Beiträge, die deutsch gehalten werden, werden auf türkisch, die die in türkisch gehalten werden in deutsch kopiert vorliegen. Den Diskussionsteil werden wir zweisprachig machen. Für die Kinderbetreuung werden wir einen Kinderdienst einrichten.

FRAUEN KOMMT MASSENHAFT!!!

Bolşevik Partizan

Frauengruppe Berlin.

Datum: 17. Oktober 16.00 Uhr
SFE Gneisenaustr. 2 a UBH Meringdamm

V.i.s.d.P.; M. Korkmaz, 11 Stanley Road, Leeds LH8, England

Auch für Männer

Fotoaustellung, Dias, Sketch, Musik

Es gibt Infos und Diskussion über * Frau und Produktion * Frau und Politik * Frau und Ehe–Gesetzgebung * Frau und neue Moral * Frau des Ostens. Kinderbetreuung, Essen und Trinken wird organisiert.



Das Proletariat kehrt zurück ...

Zur Debatte um den Text von Karl Heinz Roth
»Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken: Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert«

Nachdem das Referat von Karl Heinz Roth auf dem Konkret-Kongreß vom Juni in mehreren Zeitschriften abgedruckt worden ist, hat sich in kurzer Zeit ein breites Interesse an ihm entwickelt. Breit, weil er wirklich in sehr unterschiedlichen Kreisen diskutiert wird – von linksgewerkschaftlichen Betriebsgruppen bis hin zur autonomen Linken.

Allein der analytische Teil kann dies nicht erklären. Er versucht zwar eine globale Zusammenfassung von Entwicklungen, aber es geht im Einzelnen um Dinge, die schon seit einiger Zeit in der Diskussion sind: die Umstrukturierung der Produktion im Sinne des sogenannten »Toyotismus« oder »dezentralisierten Postfordismus«, die Entwicklung einer neuen Arbeiterklasse, die sich nicht mehr an der direkten Lohnabhängigkeit festmachen läßt, die Entwicklung in der BRD seit dem »Anschluß« der DDR, der Anpassungskurs von Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Grünen. Diese analytischen Teile des Papiers sind sicher auch die schwächsten. Es wird mit Worthülsen herumgewirbelt, die nicht erkennen lassen, ob sich hinter ihnen eine fundierte Theorie oder nur heiße Luft verbirgt. Allerdings gewinnt der Text dadurch die Aufmerksamkeit, daß er in diesen Entwicklungen auch hoffnungsvolle Tendenzen ausmacht. Er sieht dort nicht nur das Elend der Neuen Weltordnung, den Vormarsch des Imperialismus, den Niedergang der zum internationalen Kapital feindlichen Kräfte. Er sieht auch das Anwachsen und die Vereinheitlichung dieser Kräfte.

Dieser Optimismus im analytischen Teil schlägt sich nieder in einem praktischen Optimismus, der in den letzten Jahren völlig aus der Mode gekommen ist. Er entwickelt aus seiner Klassenanalyse einen praktischen Vorschlag, die sogenannten *»proletarischen Zirkel«*, und wendet sich mit ihm sehr direkt an die Linke, versucht sie bei ihrer eigenen Situation zu packen. Ich denke, daß dort die eigentliche Attraktivität des Papiers liegt: Der Versuch, praktischen Mut aufzubringen, ein umfassendes Projekt vorzuschlagen, mit dem wir uns aus der miesen Stimmung der Nach-Wende-Zeit wieder herauskatapultieren können, um – Geschichte zu machen!

Dieser Mut stößt auf offene Ohren. Denn viele sind es leid, vor dem kapitalistischen Roll-Back ohnmächtig zu erstarren, sich nur an ihm abzuarbeiten. An den verschiedensten Fronten sind die Politikschemata der letzten Jahre in die Krise gekommen: der Antifaschismus, der sich selbst in die Situation gebracht hat, nur noch auf die Manöver der Gegenseite reagieren zu können – und der gleichzeitig nach Solingen bemerken mußte, welche Kräfte ganz woanders als im lupenreinen antifaschistischen Bewußtsein schlummern; der antirassistische Diskurs, der sich an den eigenen Schuldgefühlen abarbeitet; eine betriebliche Linke, die es angesichts der gewerkschaftlichen Kooperation bei diesem Rollback immer schwerer hat, ihre eigene Rolle und Position zu bestimmen... und das gegenüber Kämpfen, die sich nicht mehr auf die gewerkschaftlichen Modelle der Organisierung und Vertretung einlassen wollen, oder können. Das Gefühl ist verbreitet, daß es so nicht weitergeht. Möglicherweise schafft dies tatsächlich eine neue Offenheit in der Debatte – auch wenn wir uns nicht ganz sicher sind, an wen sich Karl Heinz Roth mit seinem Vorschlag wendet.

Die Debatte anpacken – nicht abhaken!

Der Text und der in ihm formulierte Vorschlag enthalten eine ganze Reihe von Schwächen. Auf einige wollen wir näher eingehen. Aber wir fänden es sehr schade, wenn die Mängel des Textes jetzt als Vorwand genommen würden, diese *»ersten Überlegungen über die Möglichkeiten einer erneuerten linken Klassenorientierung«* abzutun und die Diskussion abzuhaken, bevor sie richtig angefangen hat. Das machen uns gerade die bestehenden Linksparteien vor: Nachdem die Parteiorgane von PDS und VSP den Text abgedruckt hatten, kam prompt die Zurückweisung. Das *Neue Deutschland* (4./5.9.93) fühlt sich beim Begriff »Arbeiterklasse« zu sehr an die eigene Vergangenheit erinnert – *»Mit der 'Wiederkehr der Proletarität' einfach nochmal von vorne Anfangen? Bleibt die Frage: Landen wir nicht wieder da, wo wir jetzt sind?«* – und will doch eine moderne pluralistische Partei verkörpern. Die tatsächliche Gefahr, daß die von Karl Heinz Roth vorgeschlagene *»Reorganisationsdebatte«* über den Zwischenschritt Zirkel in Richtung Partei marschieren könnte, beunruhigt uns und einige andere allerdings auch. Im Organ der VSP (18/93) wird von der Gegenseite aus gekontert: mit seinem Vorschlag habe Karl Heinz Roth die Rolle der »traditionellen Stammarbeiterklasse« und – das ist hier das entscheidende – ihrer gewerkschaftlichen Vertretung vorschnell ihre Wirksamkeit abgesprochen. Im Text selbst ist das nur sehr widersprüchlich zu finden. Gemessen an unserer Einschätzung der aktuellen Gewerkschaftspolitik und unse-



re Auffassung vom Charakter des Gewerkschaftswesens jammert er viel zu stark über die *»Selbstzerstörung«* der Gewerkschaften und den unausweichlichen *»Desyndikalisierungsprozeß«*. Dabei übersieht er, daß die Gewerkschaften nicht nur durch die Angriffe des Kapitals, sondern auch von unten in die Krise geraten sind. In den Kämpfen von neuen Schichten (Krankenschwestern, LKW-Fahrer usw.) war mit Händen greifbar, daß die alten Organisationsmodelle der Arbeiterbewegung ausgedient haben. Angesichts dessen von der *»Internationalisierung gewerkschaftlicher Organisationsformen«* als der *»einzig gangbare Alternative zur Toyotisierung«* zu sprechen, erscheint (auch wenn er sich hier vielleicht nur an die Sozialdemokratie wenden will) uns als Rückfall hinter die von ihm selbst analysierten neuen Potentiale der Arbeiterklasse. Für die VSP geht es um etwas anderes. Der Vorschlag, aus der neuen Zusammensetzung der Arbeiterklasse heraus neue Formen der Organisierung zu entwickeln, stellt ihre existierende Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in Frage. Und diese ist eine Stütze der Partei. Beiden Entgegnungen – von VSP und PDS – ist gemeinsam, daß sie sich durch die angeregte Debatte bedroht fühlen. Sie weisen das Papier in einer Form zurück, die nicht auf die Eröffnung einer Debatte zielt, sondern deren Beendigung. Hätten wir vom Selbsterhaltungstrieb solcher Parteien etwas anderes erwarten können?

Wenn wir diese Debatte führen wollen, muß sie wieder eine offensive Wendung kriegen. Wir sollten diesen Vorschlag als Anfang, als Beginn eines Gesprächs, eines gemeinsamen Prozesses nehmen, in den alle ihre Erfahrungen, Ideen und Kampfgelüste einbringen können. Organisatorische Prozesse müssen sich auf die praktischen Erfahrungen von unten beziehen. Wir müssen uns in diese Prozesse real einmischen, sonst wird es eine abgehobene »Gründungsdebatte«!(*)

Schwächen und Stärken

»Toyotismus« – Kapitalfetisch pur

Karl Heinz Roth leitet seinen Vortrag mit der Feststellung ein, daß für ihn der Bezug auf die Klassenrealität nach wie vor zentral ist. *»Da ich 'Linkssein' noch immer als ein Verhalten definiere, das sich auf die ausgebeuteten Gesellschaftsklassen bezieht und von daher handlungsorientierte Strategien zur generellen Überwindung von Ausbeutungsverhältnissen ableitet...«*

In der Analyse geht dieser Anspruch, sich auf das Proletariat als Subjekt zu beziehen, durch sein unkritisches Aufgreifen modischer soziologischer Begriffshülsen wie »Toyotismus« oder »Postfordismus« auf der einen Seite verloren. Der Begriff »Postfordismus« stammt aus einer Theorieschule, die in der gegenwärtigen strukturellen Krise des Kapitalismus den Übergang von einem Modell (»Fordismus«) zu einem anderen (»Toyotismus«) sieht. Sie unterstellt damit schon den Sieg des Feindes, denn dieser habe bereits ein neues, funktionsfähiges Modell. Das Proletariat kommt in diesem Übergang nur als Opfer vor. Das ist das Verheerende an dem Begriff »Toyotismus«, der seit den letzten zwei, drei Jahren die linksgewerkschaftlichen Debatten beherrscht: Er beflügelt die Ohnmachtsphantasien und verdeckt die Ursachen der Krise des Kapitalismus im Klassenkampf und in den neuen Verhaltensweisen, Bedürfnissen, Ansprüchen im Proletariat. Die Kapitalisten können nur versuchen, diese Energien des Proletariats aufzugreifen und in die Produktivität umzulenken. Sie können sich nicht vor den darin liegenden Gefahren für ihr eigenes Fortexistieren befreien.

Der Begriff »Toyotismus« unterstellt aber, dieses Abziehbild japanischer Produktivitätsrekorde lasse sich international exportieren und zum Weltsystem ausbauen. Kein Wort davon, daß all die Vorzüglichkeiten, die hier auf jedem Managerseminar angepriesen werden, in Japan selbst in einer fundamentalen Krise stecken. Dort entdeckt man gerade die Grenzen und die gefährliche Anfälligkeit der »schlanken Produktion«. Toyota studiert für ein neues Werk ausführlich die Personalpolitik bei VW in Wolfsburg, weil sich die jungen japanischen ArbeiterInnen von den Montagebändern abwenden. Ähnlich ergeht es den japanischen Autofirmen in Europa oder den USA. Funktionieren könne sie nur, insoweit sie eben keine Kopien der japanischen Arbeitsverhältnisse darstellen. Ist es nicht so, daß die Kapitalisten in Japan, Europa, den USA und wohl auch Ländern wie Mexiko oder Südkorea vor ganz ähnlichen Problemen stehen und auf keine fertigen Modelle zurückgreifen können? Das sind nur ein paar Punkte, die zeigen, daß uns solche Begriffe zum Verständnis dessen, was wirklich in der Klasse passiert, nicht weiterhelfen.

Ein weiterer Punkt, bei dem er das Proletariat als Subjekt aus den Augen verliert, sind seine Ausführungen zur DDR. Dort kommt zehnmal das Wort »Anschluß« vor, aber kein einziges Mal bezieht er sich in seinen Überlegungen auf die »Basisbewegung«, die der DDR den Garaus gemacht hat – auch wenn gerade die radikalen Teile dieser Bewegung alles andere als den »Anschluß« wollten.

Sich auf das Proletariat zu beziehen und von ihm aus eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln, bedeutet auch, es als treibende Kraft in den Prozessen der kapitalistischen Umstrukturierung auszumachen. Gerade am letzten Punkt liegt die praktische Bedeutung auf der Hand: Im Prozeß der von ihm vorgeschlagenen Debatte kann es den Jugendlichen, die in der DDR auf die Straße gegangen und im Knast gesessen sind, nicht zugemutet werden, sich »unbefangen« beispielsweise auf einen »Diskurs« mit ihren früheren Unterdrückern und zynischen Marxologen einzulassen. An einem solchen »sozialistischen Neuanfang« würden wir uns sicherlich nicht beteiligen. Es geht heute definitiv nicht mehr, ganz unbedarft von »sozialistischer« Politik zu sprechen. Was ist damit gemeint, und in welcher

---

* Und wenn's dann ans »Gründen« geht: Bitte nicht »Zirkel«! Ein schreckliches Wort, das nicht nur an die untergegangene Hammer-und-Zirkel-Republik erinnert, sondern noch viel mehr an Intellektuellen-Zirkel, und das wollen wir doch gerade nicht!

Tradition soll das stehen?

»*Ein* neues Proletariat in *einer* kapitalistischen Welt«

Auf der anderen Seite betont er den neuartigen Charakter des Proletariats, das sich im Rahmen der Umstrukturierung herausbildet. Die eine, sagen wir *objektive Seite*, liegt darin, daß keiner der »Sektoren in der Arbeitspyramide« vom Angriff der Deregulierung ausgepart wird, so daß sich bei aller Unterschiedlichkeit und Spaltung Ansatzpunkte eines gemeinsamen Kampfverhaltens ergeben. Diese Vereinheitlichung sieht er auch auf internationaler Ebene. Da er zur Kennzeichnung dieser Entwicklung ständig von »Nivellierung« spricht, setzt hier die heftigste Kritik ein. Der bloße Verweis auf das enorme Gefälle in der Lebenssituation in verschiedenen Ländern genügt als Widerlegung. Die Ausweitung eines neuen Billiglohnsektors mit prekärer und illegalisierter Arbeitskraft in den Metropolen straft die These von der Nivellierung Lügen. Der Begriff Nivellierung ist völlig mißverständlich. Gemeint ist hier nicht die reale Angleichung in der Einkommenssituation oder sonstigen Indikatoren für Lebensqualität, sondern eigentlich die Möglichkeiten einer politischen »Nivellierung« in der Konfrontation mit dem Kapital. Dies müßte aber sehr viel präziser entwickelt und aufgezeigt werden. So bleibt es erstmal nur beim Optimismus ...

Daß zu dieser Vereinheitlichung die Aufhebung des Ost-West-Gegensatzes und die Krise des Nationalstaats beitragen können, ist angedeutet und ist als Versuch zu sehen, den zweiten epochalen Umbruch dieses Jahrhunderts nicht als »Sieg des Kapitals« und »Ende der Geschichte« zu lesen.

Im Vergleich dazu ist die *subjektive Seite* nur angedeutet – dort rächt sich, daß die Strategien des Kapitals nicht als Antworten und Aufgreifen eines neuen Klassenverhaltens entwickelt wurden. Das gilt gerade für den von Sergio Bologna übernommenen Begriff des »selbständigen Arbeiters«. Es ist verdammt wichtig, sich mit dieser neuen Form von Ausbeutung und Unterordnung unter das Kapitalverhältnis genauer auseinanderzusetzen. Bei einem Teil der ehemals linken Theoretiker des »Postfordismus« wird gerade diese Gestalt zum Beweis der Versöhnung von Kapitalismus und menschlicher Gesellschaftlichkeit – in Begriffen wie »Autonomie in der Arbeit«, »Flexible Spezialisierung« usw. Und so funktioniert er auch ganz materiell bei einem Teil der Linken! Auf der einen Seite müssen wir also das in diesen Formen nur verschleierte Kapitalverhältnis aufzeigen, die Bedeutung der selbständigen Arbeiter als Teil des Proletariats untersuchen. Aber dies können wir nicht von oben, vom kapitalistischen Zugriff auf diese moderne Arbeitskraft her verstehen, sondern ausgehend von den Bedürfnissen und Verhaltensweisen, die diese Formen von Ausbeutung erst herstellen. Dies gilt genauso für die moderne Fabrik, neue Modelle der Arbeitsorganisation, die Antworten des Kapitals auf die Revolte gegen die bisherigen Strukturen darstellen. Im Text von Roth ist diese Seite nur sehr schwach angedeutet. Es sieht immer so aus, als würde die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Potenz erst im Nachhinein aus den kapitalistischen Strategien herausspringen: *»Als radikalisiertes soziales Herrschaftsverhältnis geht das toyotisierte Weltsystem mit seiner Negation schwanger.«* Daß er überhaupt die innere Widersprüchlichkeit in der Entwicklung betont, hebt seine Analyse allerdings wohltuend von den üblichen Horrorszenarien linker Theoriebildung ab.

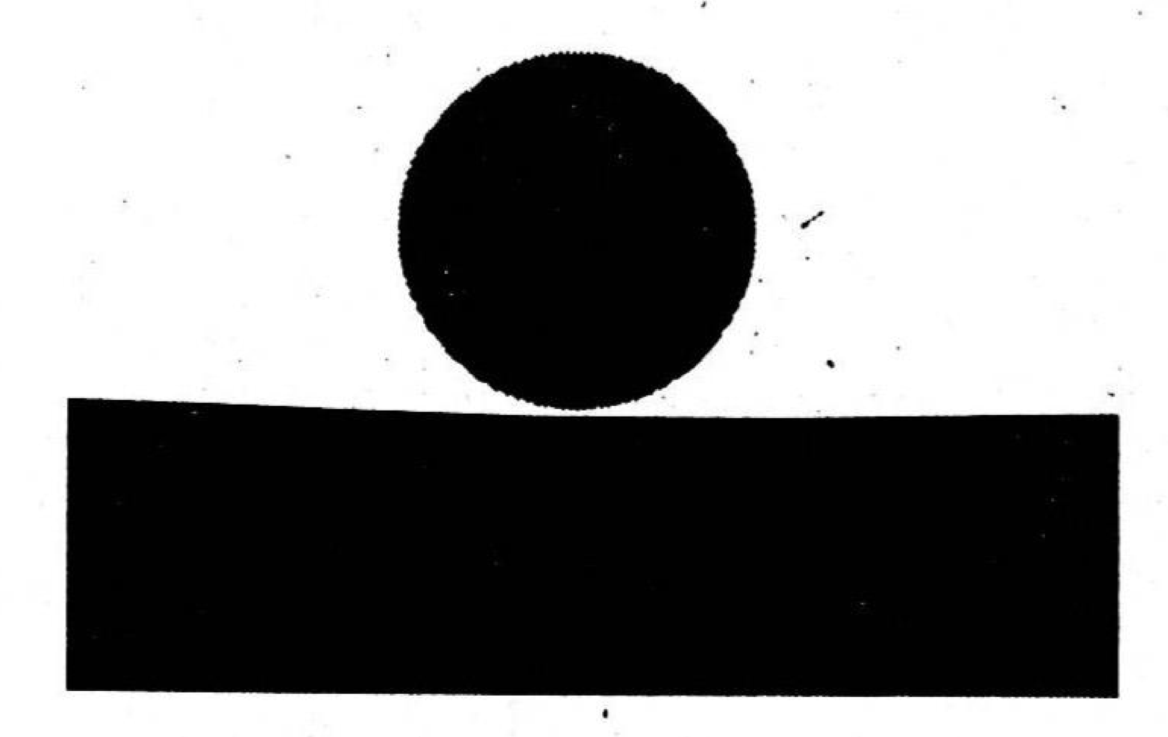
An einem andern Punkt hat ihm genau das wohl die heftigsten Kritiken eingebracht. *»Angesichts dieser bis vor kurzem noch für unmöglich gehaltenen Aktualisierung des Rassismus als Verkehrs- und Vermittlungsform von Klassenherrschaft wird es immer schwerer, die in aller Häßlichkeit heraufziehende neue Proletarität in ihrer Gesamtheit – also unter bewußtem Einschluß auch der gegenwärtig "nach noch weiter unten tretenden" Segmente – als den nach wie vor primären Bezugspunkt von sozialistischer Politik anzunehmen. Dessenungeachtet bleibt aber jede antirassistische Initiative, die die "soziale Frage" ausklammert und damit auf die strategische Fähigkeit verzichtet, sich grundsätzlich auf alle Schichten des neuen Proletariats zu beziehen, auf Sand gebaut.«* Nach den sozialen Kräften revolutionärer Umwälzung zu fragen und sich dabei mit der ganzen Widersprüchlichkeit innerhalb des Proletariats auseinanderzusetzen stößt heute auf die moralischen Vorbehalte der Debatte. Die Frage nach den subjektiven Kräften wird mit der Suche nach einem gänzlich außerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftung stehenden Subjekt, der Negation pur, verwechselt. Die Bewegung nach Solingen und unsere Erfahrungen in der antirassistischen Flüchlingsarbeit sollten doch gezeigt haben, daß diese Suche illusionär ist und möglicherweise wirklich mehr mit »Angstmechanismen« zu tun hat, als mit dem Willen zur Veränderung.

»Proletarisierung der Linken«?

Damit kommen wir zu einem der schwächsten Punkte in seinem Papier. Er verbindet die Analyse der neuen Klassenzusammensetzung und die Betonung der wichtigen Rolle der »selbständigen Arbeiter« mit dem Versuch, die Linke sozial einzuordnen, ihr ihre eigene Proletarisierung vorzuhalten und ruft sie auf, sich dieser Situation zu stellen, statt ihr auszuweichen. Diese Methode ist nicht neu: In den 70er Jahren gab es eine Flut von Theorien über die »lohnabhängige Intelligenz«, mit der sich die Linke als Teil der Arbeiterklasse zu definieren wünschte. Die aus Italien stammende Theorie des »gesellschaftlichen Arbeiters« zielte in ähnlicher Weise darauf, den revoltierenden Subjekten ihre Klassenbasis zu bescheinigen, ohne eine fundierte Analyse der wirklichen Klassenzusammensetzung liefern zu können. So wie es die damaligen Versuche, auf billige Weise einen Bezug zwischen linker Intelligenz und Proletariat herzustellen, nicht verhindert haben, daß heute ein großer Teil dieser Intelligenz definitiv auf der anderen Seite der Barrikade steht, so wird auch dieser neuerliche Versuche, die Linke ins Proletariat »einzubauen«, nicht wirken können. Die Linke ist keine homogene soziale Schicht, in ihr finden sich genauso Krisengewinnler wie Verlierer. Gerade die Qualifikationen, die im Rahmen politischer Bewegung und Aktivität gewonnen werden, befähigen zur Ausübung wichtiger staatlicher Vermittlungstätigkeiten. Viele der Aktivisten der letzten breiten Debatte um ein »neues proletarisches Massenelend«, die Initiativen der Arbeitslosen Anfang der 80er Jahre, sind heute ABM-Verwalter oder Krisenberater des Kapitals.

Daher täuscht er sich auch über die Möglichkeiten, von linken Strukturen auszugehen und sie in einer neuen Debatte zusammenzuführen. Diese Strukturen sind viel kaputter, als er es sich wohl vorstellt. Seine fast wie ein Appell zur Rettung der Linken klingenden Ausführungen werden dort gar nicht gehört werden. Wenn überhaupt, dann macht sein Vorschlag Sinn, wenn er sich an die »Basis« wendet, d.h. dorthin, wo es wirkliche Erfahrungen und Lernprozesse gibt – auch wenn diese mit linker Ideologie im bisherigen Sinne nicht viel zu tun haben.

Soviel erstmal zum Einstieg in die Debatte!





Scheißintellektuelle

Betr.: Die Wiederkehr des Proletarität (ak 356, S.24)

Lieber Karl Heinz Roth,
liebe ak-Redaktion,
Ich habe den Artikel „die Wiederkehr der Proletarität" im ak 356 gelesen, und würde gern meinerseits endlich ein paar Worte loswerden. Und zwar über „die Fortdauer des Klugscheißerismus": Ihr, von *ak* über *konkret* bis *wildcat, radikal*, etc. geht mir nämlich derart auf den Senkel, daß es mich ziemliche Kraft kostet, gepflegte solidarische Kritik zu leisten.

Ich weiß selbst, daß es viele Zusammenhänge gibt, die nun mal nicht auf den einfachen Nenner von Parolen und Schlagworten zu bringen sind. Das trifft nicht zuletzt auf die Ökonomie zu. Aber was zum Teufel sollen Ausdrücke wie „domiziliert", „reüssiert", transplants", usw.? Dem Autor und (fast) allen anderen linken SchreiberInnen sind da nur zwei Kurse nahezulegen, die leider noch nicht im Zweier-Pack angeboten werden: Einen *gegen Geltungssucht* und einen *Deutschkurs*!

Außerdem: Was haltet ihr Experten von Begriffserklärungen? Glaubt ihr alle (müßten) wissen, was „Fordismus" oder „Keynesianismus" u.v.m. bedeuten?

Aber das scheint eh egal zu sein, denn ich kann mir schon vorstellen, wer in den angestrebten „Proletarischen Zirkeln" drinsitzen wird: Die ewigen wohlgenährten intellektuellen Dummschwätzer, die lieber (nicht zuletzt durch so eine Ausdrucksweise) *unter sich* bleiben, als sich mit der Wirklichkeit und ihren Menschen auseinanderzusetzen. Die in ihren „Taxigruppen" und „Zirkeln" von den revolutionären Volksmassen träumen und die sich nicht wundern sollten, daß sich eben jene „pauperisierten, marginalisierten" Massen eher bei der FAP wiederfinden — die spricht wenigstens Klartext!

Geht doch mal auf die Straße und sagt den Leuten, daß ihr gerne „Arbeitersegmente" organisieren tätet, weil das Kapital die „conditio humana" verhöhnt, ihr Idioten! Ich kann nur sagen, egal wie gut *unsere* Gedanken und Analysen auch sind (damit meine auch und vor allem Roth und Kurz), — wenn wir nicht lernen auch *zu sagen*, was wir meinen, dann wird „die Krise der Linken" zum „Ende der Linken". Dann werden wir auch in Zukunft weder Jugendliche noch Lohnabhängige organisieren.

Es ist ja nicht nur, daß ihr interessierten Leuten (wie mir) das Leben schwer macht. Diejenigen, die später anderswo Artikel, Redebeiträge u.ä. schreiben, haben ihre Bildung von euch — und drücken sich entsprechend aus. Wir, das heißt die *Antifa Bonn-Rhein/Sieg*, haben das zu spüren gekriegt, als eine Gruppe entstand, deren Mehrheit erstmalig Lehrlinge und ArbeiterInnen stellten. Die haben uns zu Rrecht den Marsch geblasen: Alles, was wir bisher in unseren Köpfen hatten, konnten wir von da an „übersetzen"!

Denkt dran, auch Sprache ist ein (nicht unwesentlicher) *Ausdruck von Klassengesellschaft*, und da heißt es vor allem: Vor der eigenen Türe kehren ...

Von einem, dem es schon lange hochkommt — und zwar „from the bottom up" wie Karl Heinz sagen würde ...

Mit kommunistischem Gruß
Markus Bechner
Bonn, 27. Juli 93

ak 357 —

aus belgien

BELGIEN

RAFA
Bericht aus der AUTonomen Szene in GENT

Also... Nun erzaehl ich euch mal was in Gent so los ist ,damit ihr auch 'nen Grund habt uns zu besuchen

and maybe to join us!

Hier gibt es eine Antifa (RAFA); einen Infoladen,der ist im Moment in einem viel zu kleinem Raum und wir müssen auch bald einen neuen Platz dafür finden. Eine Frauengruppe gibts,die sich einmal im Monat trifft;es gibt hier aber insgesamt nicht viele Frauen, die"politisch aktiv"oder in Gruppen oder Plenas zu treffen sind. Ein Plenum von allen Autonomen Gruppen+ Leuten in Gent gibt es, das heisst Koepel.Dass hört sich zwar nach viel an, aber die Szene hier ist (noch)nicht so gross, jeder kennt jeden.

Dann gibt es eine Zeitung vom Koepel,den Nieuwsbrief; "De Chaos" von der gibt es bis jetzt nur eine Nullnummer, und "De gelukkige Werkloze" eine Zeitung für Arbeitslose,darüber wie genial es ist,nicht für diesen Scheise Staat zu arbeiten und über die Rechte,die mensch als ArbeitsloseR hat. Es gab eine Ausgabe von der Zeitung und echt gute Reaktionen von vielen Leuten die Stempeln gehn.

Tja,und dann gibt es noch einige Fanzines über Tierbefreiung, Antikonsum,Aktionen,Faschos,Veganismus und was es sonst noch so gibt. Und das allerbeste natürlich: Es gibt ein besetztes Haus "Het krakend Gewricht" in der Slinke Molenstraat 33-47, also eigentlich 8 kleine Häuschen mit Mauerdurchbrüchen dazwischen. Wir wohnen hier mit 7/8 Leuten,3 Hunden + 2 Katzen; wir haben ein Café,einmal in der Woche Veganistische Volxküche und öfter verschiedene Veranstaltungen und Treffen. Im Moment suchen ein paar Frauen nach einem Haus, dass sie mieten können, suchen allerdings auch noch nach mehr Frauen,die mit ihnen zusammen wohnen wollen.

Aber hier gibt es auch noch ca.7000 (wartende) leerstehende Häuser, und es gibt in Belgien kein Gestz über Hausbesetzung(!).D.h;du hast wenn du in einem Haus drin bist praktisch die gleichen Rechte wie normale Mieter.

Der Hauseigentümer kann dich nur mit Grund,wie z.B. anderer Verwendung des Hauses oder "kriminellen Aktivitäten" im Haus rausklagen,dass aber auch nur wenn er Namen von den Leuten hat, nicht anonym.Dann muss er den Prozess gewinnen,was wohl schon die Regel ist,aber dass dauert mindestens eine Woche, wir wissen also lang genug vorher Bescheid.Nur legalisiert wurde hier noch kein besetztes Haus,aber das hört sich doch alles verlockend an! Übrigens haben jetzt "EG'ler" (wat'n scheiss!) die gleichen Rechte wie Belgier,also mensch kann nicht des Landes verwiesen werden oder ähnliches.

Allerdings terrorisieren einen hier die Flikken(Bullen) ständig mit Passkontrolien einfach so auf der Strasse.Seit Januar'93 brauchen sie zwar eigentlich einen Grund (vorher nicht!),aber in Fact ist denen dass so ziemlich scheissegal,wenn Mensch fragt warum sagen sie darum,wenn du deinen Pass nicht vorzeigen würdest,würden sie dich mitnehmen und festhalten bis sie wissen wer du bist..Wenn du festgenommen wirst,dürfen die Cops eigentlich auch keine Fingerabdrücke und Fotos nehmen,nur nach einem Prozess, bei dem du für"schuldig" befunden wurdest.Aber die Flikken halten sich hier genausowenig an Gesetze wie anderswo.

Noch was über die Szene hier, anders als D-Land sind hier fast alle Leute vegetarisch und viele leben vegan.Es ist einfach klar,dassdas wichtig ist und es sind darüber keine ewigen Diskussionen nötig,wie ich es anderswo oft erlebt habe.

Dieses Jahr am 24.Okt. organisieren sozialistische Gruppen, wie Militant, BlockBusters und ein paar andere,eine GrossDemo in Brüssel,unter dem Motto "Jobs-Geen Racisme" , was heisst,wenns genug Jobs gäbe,gäbe es auch keinen Rassismus.Ich denke das ist totaler Blödsinn. Wahrscheinlich ist es mit ein Grund,dass Menschen rassistisch/faschistisch draufkommen, dass sie denken dass sie Jobs brauchen,um überleben zu können,überhaupt was wert zu sein und anerkannt zu werden.Wenn sie dann nicht mal das haben, müssen sie in dieser Gesellschaft natürlich jemanden suchen, die/der noch unter ihnen steht, damit sie sichselbst nicht wie der letzte Dreck vorkommen und den stolz haben können über jemandem zu stehen.

Aber alldas kommt ja erst, nachdem eigene Ideen und dasGefühl selbst was erreichen zu können durch Schule, Erziehung und all die anderen,dich zu einem arbeitsfähigen Wesen machenden Instutitionen zerstört wurde.

Darum organisieren einige andere Leute einen Autonomen Block "gegen LohnArbeit". Wer letztes Jahr auf der europaweiten Demo "Jugend gegen Rassismus in Europa",ebenso am 24.Okt. in Brüssel und von den gleichen Gruppen wie dieses Jahr organisiert war, kann sich bestimmt noch an die Ordner die sich wie Bullen aufgeführt haben und alle männlich und über 1,70m warn erinnern.

Genauso wie in DM-Land und überall werden auch hier faschistische Parteien immer grösser und bekommen mehr und mehr Stimmen bei Wahlen,von der ganz normalen Bevölkerung.Der Vlaams Blok ist schon seit langem inallen Parlamenten inBelgien,in Antwerpen(die ekelhafteste+konservatiefste Stadt und "Kunsthauptstadt Europas") hat er z.B. 30% der Stimmen und wird bei der nächsten Wahl voraussichtlich die stärkste Partei werden.

Der Führer des Vlaams Blok,Karel Dillen,macht momentan Imagepflege um noch mehr bürgerliche Stimmen einzufangen: nicht soviel Anti-Immigranten, mehr für Nationalismus "in der flämischen Sache".Der zweit wichtigste in der Partei ist Filip de Winter,er bekommt die meisste Sympathie der Wähler, spricht wie ein echter Führer,ist sehr jung ca.30,ist offener faschistisch und gegen Immigranten und hat wohl auch die meissten Beziehungen zu deutschen Faschisten.Wahrscheinlich wird er auch bald an die Spitze vom Vlaams

Blo k kommen,was dann heisst, dass die ganze Partei noch ein direkteres faschistisches Programm haben wird.
Doch eigentlich ist es jetzt schon recht(s) offen genug; z.B. nachdem in Sint Truiden ein Zimmer in einem Haus von Sikhs durch 3 Mollis ausgebrannt ist und eine Antifa-Demo mit ungefähr 300 Menschen statt fand,waren an dem verbrannten Haus ca.50 Faschos,

einige mit Hitler-Gruss,einige mit Plakaten vom Vlaams Blok. Andere wichtige Leute vom Vlaams Blok sind Roeland Raes,dem auch die Versicherungsgesellschaft "Noordstar" gehört;Gerolf Annemans, einAnwalt und Francis Vanden Eynde die beide auch zu der vom Vlaams Blok unterstützten nationalistischen Gruppe "Voorpost",die auch behauptet,dass der Holocaust eine Lüge sei,angehören.

Auf alle Fälle:

VLAAMS BLOK ROT OP !

NAZI-SKINS ROT OP

VERACHT ELKE VORM VAN AUTORITAIRE MACHT VAN KAPITAAL TOT ZIJN NAZI KWAAL

RAFA

Noch was lustiges(oder auch nicht so besonders nettes) zum Schluss:

Der Papst kommt Anfang Mai nächsten Jahres nach Belgien,um in Tremelo den Missionar/Priester Damiaan heilig zu sprechen ,und wir werden sein Kommen vorbereiten.

Wenn jemand noch interessante Informationen über diesenhat, oder noch Info's von hier will,bitte schreiben an:

Postbus 395
9000 Gent 1
Belgien



FUCK WORK

JONGERENMARS TEGEN WERK
(Jugendmarsch gegen Arbeit)

Am 24.Oktober organisieren die gefestigten Antirassistischen Gruppen Belgiens (SJW*,Blokbusters*,...),zusammen mit der Gewerkschaft ABVV**,einen Jugendmarsch für Arbeit. Es wird eine Demonstration sein u.a. "gegen Arbeitslosigkeit und Armut","für sinnvolle Arbeit und vollwertigen Lohn" und eine "radikale Arbeitzeitverminderung"und ähnliche andere Forderungen.Kurzum,ein erneuter Versuch um Lohnarbeit attraktiver zu machen und die Hetze gegen Arbeitslose anzuheizen. Mit anderen Worten:Lohnsklaverei wird hier als "das goldene Kalb" und als das Heilmittel gegen den sozialen Misstand dargestellt. Selbst Faschismus und andere Übel werden durch das Kreiiren von genügend Jobs bezwungen,scheint es.
Das ist purer Unsinn!
Faschismus wird durch Regierungen in stand gehalten und angeheizt,faschistische Einstellungen werden von allen anderen politischen Parteien mit viel Vergnügen übernommen und in eine akzeptablere Hülle gepackt.Das ist nämlich nötig um die reiche westliche Festung zu festigen,um ein Europa der Reichen und Privilegierten zu formen,mit anderen Worten eine grosse Säuberungsaktion durchzuführen. Wer hierbei nicht mitwirken will,wird ungnädig weggewischt und in die unterste gesellschaftliche Stellung gedrängt. Der Industrie dient,wenn auf vollen Touren gearbeitet wird,damit Belgien und das restliche Westeuropa auf der Weltrangliste mitwirken kann. Dafür muss der "Ausschuss" gepackt werden,muss in Fabriken und Bürojobs eingesclossen werden,so dass nicht mehr aufgemuckt wird. Hierfür ist z.B. Artikel 80***ein deutliches Beispiel.Wer lange Zeit arbeitslos ist,muss im einen oder anderen Reformplan(Arbeitsbeschaffungsmassnahme) mitarbeiten oder wird vielleicht auch bald in ein Arbeitslager gesteckt. Hieran arbeiten ach die Gewerkschaften sehr gerne mit,mit ihrem heuchlerischen Getue. "Arbeiten gegen Faschismus"ist Unsinn,da Faschismus eine zu gute Hilfskraft ist um die Geschäftsökonomie in stand zu halten,um die Festung Europa blank und rein zu halten, um das Geld weiter in die Taschen der Bonzen,Bosse und Regierungen verschwinden zu lassen!
Darum wird am gleichen Tag zum bilden eines Autonomen Blocks aufgerufen,solidarisch mit allen Arbeitslosen.
Kommt also ruhig am 24.Okt.,um 13.30uhr an die Treppen von der Noordstation/Station du nord in Brüssel,Treffpunkt an der Piratenflagge!
Bis dann!

FUCK WORK

DESTROY FASCHIM,FUCK WORK!

*trotskistische Organisationen

**ABVV ist eine sozialistische Gewerkschaft,bei der mensch sich als arbeitsloser melden muss um arbeitslosengeld zu bekommen.

***Artikel 80 ist ein neues verschärftes Sozialgesetz,durch welches der Anspruch auf Sozialgeld wesentlich schneller gestrichen wird.(genau wie in DM-land)

AntiFa-Café-Wedding

in der Putte, Osloerstr. 12, 2.HH, 2.Etage

Filme + Vorträge + Diskussionen

3.10. Keine Veranstaltung

17.10. Infoveranstaltung mit Film

Kontinuitäten

"Nazirichter und andere Sympathisanten"
Film von Peggy Parnaß
anschließend Ergänzungen zur BRD-Justiz nach 45
Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der AIM (Antifaschistische Initiative Moabit) mit Diskussion"



31.10. Infoveranstaltung

Gegen die Grenzen in unseren Köpfen!

Ein Versuch zu Rassismus im Alltag
anschließend Diskussion

Café + Broschüren + Bücher
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat
jeweils ab 17 Uhr

BROSCHÜRE

der Antifaschistischen Aktion/BO

aus dem Inhalt:
- *Entstehung der Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation*
- *Vom Sinn und Zweck einer bundesweiten antifaschistischen Organisation*
- *Grundlagen der Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation*

»Zwischen Plenum und Partei« – Antifa Bonn/Rhein-Sieg • »Don't cry – work!« – Antifaschistische Aktion Berlin • »Öffentlichkeits- und Medienarbeit« – Autonome Antifa (M)/Göttingen • »Raus aus dem Ghetto: Für eine solidarische Zukunft!« – Antifaschistische Stadtteilkoordination Köln • »Situation einer Antifa im Osten« – Schwarzer Ast/Südthüringen • »Situation einer Antifa in der Provinz« – Antifa Bünde und Passau





erhältlich ab Ende September in guten Buchläden oder direkt über Antifa Bonn/Rhein-Sieg, Florentiusgraben 25, 53111 Bonn
Preis: 5.00 DM + Portokosten

Der Beitrag „Vom Sinn und Zweck..." und die Grundlagen sind auch in englisch, spanisch, türkisch und arabisch erhältlich.

Anarchistisches Bildungsprogramm Berlin

Kurse und Infoveranstaltungen
Oktober/November 93

Mit diesem Programmheft liegt das erste Kursangebot für ein Anarchistisches Bildungsprogramm Berlin vor. Der Zusammenschluß aller aufgeführten ReferentInnen und den Projekten EL LOCCO, Infoladen BAMBULE und COLPO hat es möglich gemacht. Wenn das Bildungsprogramm gut angenommen wird, wird es zu einer dauerhaften Einrichtung werden und jedes Frühjahr (Febr./März) und Herbst (Okt. und Nov.) stattfinden.

Nach wie vor gilt es durch Informationen und Wissen Diskussionen in der Stadt anzuschieben - wir hoffen mit diesem Programm hierzu beizutragen.

Basisschule!

Es dürfte fast selbstverständlich sein, daß das Anarchistische Bildungsprogramm auch als ein Stück praktizierter Anarchie verstanden wird. Deshalb wird dieses Bildungsprogramm nur eine Zukunft haben, wenn sich viele Menschen an den Organisation, Kursangebot, Finanzierung usw. beteiligen. Das heißt, wir wollen eine aktive Sache aufbauen, wo Inhalt, Angebot und Durchführung kollektiv betrieben wird, also ein Stückchen anarchistische Bedürfnissbildung.

Technik

Für alle Kurse ist eine Anmeldung, spätestens am ersten Kurstag erforderlich. Die Kurse finden nur statt, wenn mindestens 5 Personen sich anmelden, es sei die ReferentInnen und TeilnehmerInnen beschließen etwas anderes.

Die Anmeldung sollte über das im Heft enthaltene Formular erfolgen. Es kann bei dem Infoladen Bambule oder beim El Locco abgegeben werden oder durch Post an die aufgeführte Adresse gesandt werden.

Da wir autonom und ohne Staats- und Parteien/Organisationsknete, aber mit Netzwerk, arbeiten wollen, ist es notwendig eine Kursgebühr zu erheben. Wir weisen darauf hin, daß alle ReferentInnen keinerlei Honorar wollen und das ganze Geld gebraucht wird, um die anfallenden Material- und Selbstkosten zu bezahlen.

Wer es also ermöglichen kann, sollte auch uns eine Spende (bar und in Scheinen an die o.g. Stellen oder per Post - Stichwort Anarchistisches Bildungsprogramm) zukommen lassen. Die Mindestgebühr beträgt bei der Belegung des gesamten Kurses 3, DM pro Abend; ermäßigt 2, DM pro Abend. Aus der Übersicht in der Mitte sind die Gebühren für die Kurse zu entnehmen. Wer an einzelnen Abenden zu einer Veranstaltung kommt, bezahlt 5, DM pro Abend; ermässigt 3, DM.

Einsenden an „Anarchistisches Bildungsprogramm" c/o El Locco, Kreuzbergstr.43, 10965 Berlin. oder bei El Locco abgeben oder beim Infoladen Bambule, Schönhauser Allee 20 (U-Bahnhof Senefelder Platz), Berlin-Prenzlauer Berg

Des weiteren intressiere/n ich/wir mich/uns für das anarchistische Berlin und bitten um Informationen auch über andere Veranstaltungen.

Die braunen Zonen

Rechtskonservative und faschistische Einflüsse in die libertären und selbstverwaltenden Projekte

In letzter Zeit ist die Diskussion über die Anfälligkeit der selbstverwaltenden Projekte bezüglich rechtskonservativen Werten neu entfacht. Der Kurs versucht einen Überblick über den Informationsstand und Diskussionsstand zu geben.

Die braunen Zonen der Selbstverwaltung

Mittwoch 6.10.
El Loco 19.00
Elisabeth Voss

Wie weit reichen die Idelogien und praktischen Ansätze in die Selbstverwaltugsszene? Wo ist die Verbindung von Esoterik, Ökologiebewegung und Neofaschismus?

autoritär, hierarchisch und libertär?

Mittwoch 13.10.
El Loco 19.00
Lorenz Hettich

Rechtskonservative Werte in libertären Projekten
Anhand veröffentlichter Artikel (Contraste, Spiegel, WOZ, usw.) wird über den Stand der Diskussion berichtet. Es werden die Projekte aus dem libertären Bereich oder auch die Ideen hierzu näher untersucht.
(Kommunitäre Existenswirtschaft, ZEGG, Ökofaschismus, Ökodörfer usw.)

Gemeinschaft, Einzelner und der Heilige Geist

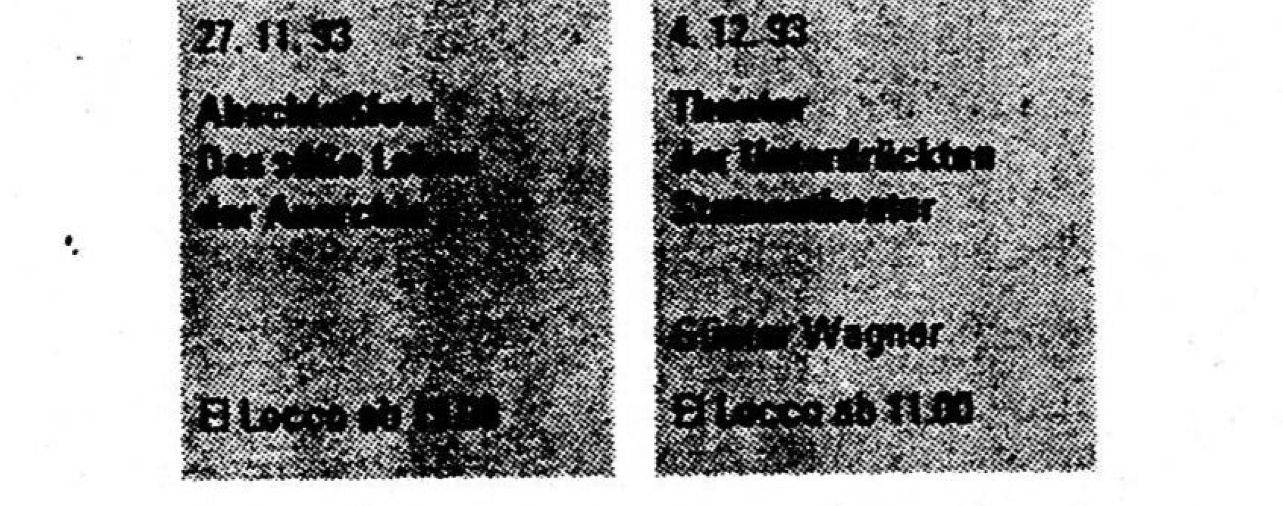
Mittwoch 20.10.
El Loco 19.00
Rolf Cantzen

Versuch, den Gemeinschaftsbegriff vor autoritärem Zugriff zu retten.
Es wird ausführlich auf die Bedeutung eingegangen, die Bahro den Kommunen beimißt. Hieran wird deutlich, daß heute der kommune- und Gemeinschaftsbegriff in einem nicht-emanzipatorischen und autoritären Sinne verstanden wird und das „links-alternative " Volk dem volkt.
Gemeinschaftliche Lebensformen und dezentrale Strukturen sind in anarchistischen Theorien keineswegs Selbstzweck. Vielmehr bilden sie die Voraussetzung, selbstverwaltete und selbstbestimmte Lebenszusammenhänge zwischen Menschen, aber auch zwischen Mensch und nichtmenschlicher Natur zu organisieren.
Aktueller Stand der Zukunftsperspektiven des spirituellen Kommunarden Rodolf Bahro und seiner Biedenkopf Conection.

Kommunitäre Existenzwirtschaft

Mittwoch 27.10.
El Loco 19.00
Lorenz Hettich
Rolf Canzen

Eine der neueren intellektuellen Moden, aus der USA importiert, ist gegenwärtig der sogenannte Kommunitarismus. Er will der Individualistischen Gesellschaft gemeinschaftliche Werte zurückgeben. Mensch kann das unwirsch als konservativen Aufguß abwehren.
Abschlußdiskussion
Zusammenfassung und Abschlußdiskussion über die „Braunen Zonen". Kritik des Kurses. Ideen und Mitbeteiligung für anknüpfende Kurse. Diskussion über das Projekt des „Anarchistischen Bildungsprogramms"



Anarchistisches Bildungsprogramm Berlin Herbst 93

Montag

	11 10. 93	18. 10. 93	25. 10. 93	8. 11. 93	15. 11. 93	22. 11. 93
Kurs	**Kapital und Krise**	**Kapital und Krise**	**Kapital und Krise**	**Anarchia in Berlin**	**Anarchia in Berlin**	**Anarchia in Berlin**
ReferentInnen	Jacob Schiffelholz	Jacob Schiffelholz	Jacob Schiffelholz	Lorenz Hettich	Lorenz Hettich	Lorenz Hettich
Ort	Infoladen Bambule	Infoladen Bambule	Infoladen Bambule	Infoladen Bambule	Infoladen Bambule	Infoladen Bambule

Dienstag

	12. 10 93	19. 10. 93	26. 10. 93	2. 11. 93	9. 11. 93
Kurs	**Libertär1er Antimilitarismus und gewaltfreie Revolution**	**Libertär1er Antimilitarismus und gewaltfreie Revolution**	**Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**	**Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**	**Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**
ReferentInnen	Wolfram Beyer	Wolfram Beyer	Klaus Schmitt	Klaus Schmitt	Klaus Schmitt
Ort	Infoladen Bambule	Infoladen Bambule	Infoladen Bambule	Infoladen Bambule	Infoladen Bambule

Mittwoch

	6. 10. 93	13. 10. 93	20. 10. 93	27. 10. 93	3. 11. 93	10. 11. 93	17. 11. 93	3. 11. 93
Kurs	**Die braunen Zonen**	**Die braunen Zonen**	**Die braunen Zonen**	**Die braunen Zonen Abschlußdiskussion**	**Monetäre Katastrophen-schutzübung**	**Monetäre Katastrophen-schutzübung**	**Monetäre Katastrophen-schutzübung**	**Theater der Unterdrückten Statuentheater**
ReferentInnen	Elisabeth Voss	Lorenz Hettich	Rolf Cantzen	Cantzen/Hettich	Siegfried Schwenke	Siegfried Schwenke	Siegfried Schwenke	Günter Wagner
Ort	El Locco	El Locco	El Locco	El Locco	El Locco	El Locco	El Locco	El Locco

Donnerstag

	7. 10. 93	14.10. 93	21. 10. 93	28. 10. 93	4. 11. 93	11. 11. 93	18. 11. 93	4. 11. 93
Kurs	**Klassiker der Anarchie Einführung**	**Klassiker der Anarchie Bakunin**	**Klassiker der Anarchie Kropotkin**	**Klassiker der Anarchie Stirner**	**Klassiker der Anarchie Mühsam**	**Klassiker der Anarchie Landauer**	**Klassiker der Anarchie Abschlußdiskussion**	**Theater der Unterdrückten Statuentheater**
ReferentInnen	Rolf Cantzen	Wolfgang Eckhardt	Rolf Cantzent	Jochen Knoblauch	Lorenz Hettich	Rolf Cantzent	Alle	Günter Wagner
Ort	El Locco	El Locco	El Locco	El Locco	El Locco	El Locco	El Locco	El Locco

Sonnabend

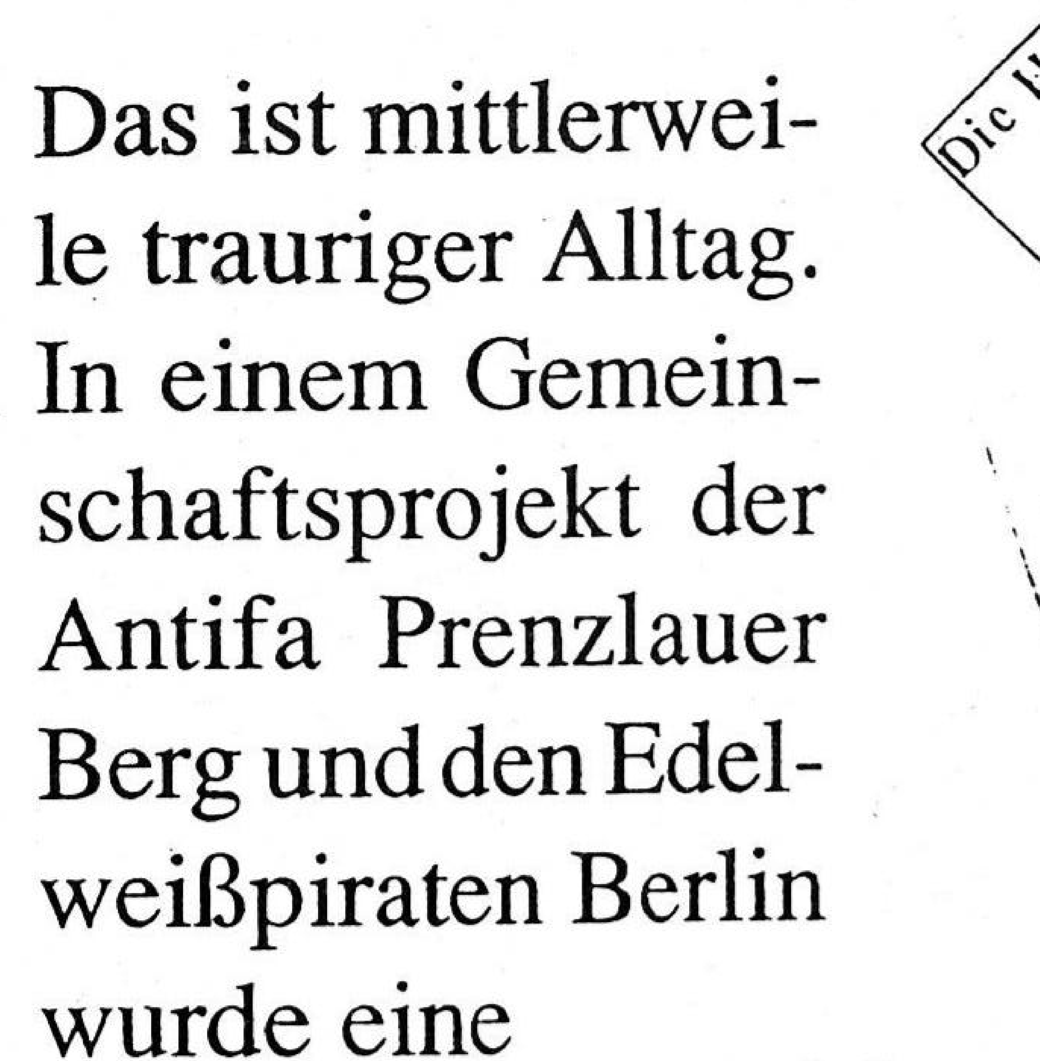
	27. 11. 93	4. 12. 93
Kurs	**Abschlußfete**	**Theater der Unterdrückten Statuentheater**
ReferentInnen		Günter Wagner
Ort	El Locco ab 20.00	El Locco ab 11.00

El Lolcco, Kreuzbergstraße 43, 10965 Berlin, tel 7 85 99 73

Infoladen Bambule, Schönhauser Allee 20, Berlin Prenzlauer Berg

Infreier Zussammenarbeit mit allen Referenren und Referentinnen + -El Locco + Infoladen Bambule + Colpo

Faschistische Untriebe!
Rassistische Überfälle !



Das ist mittlerweile trauriger Alltag. In einem Gemeinschaftsprojekt der Antifa Prenzlauer Berg und den Edelweißpiraten Berlin wurde eine

Antifaschistische Ausstellung



erstellt. Im ersten Teil soll aufgeklärt werden über dieStrukturenund Ziele der Faschisten im Prenzlauer Berg.
Im Zweiten Teil informieren die Edelweißpiraten Berlin über sich und ihre Arbeit.

die Ausstellung ist zu sehen:

22.09.- 05.10.93 in den Räumen der KvU, Kremmener Str. 9-11
Prenzlauer Berg, nähe den U-Bahnhöfen Eberswalder Str. und Bernauer Str.,
Di ab 16.00 Uhr, Mi bis Sa ab 19.00 Uhr, So ab 13.00 Uhr
07.10. - 20.10.93 im Clash, Uferstr. 13,
Ecke Martin-Opitz-Str., nähe U-Bahnhof Pankstraße, täglich außer Sa ab 19.00 Uhr













zürich

DIE AUTONOME KULTURFABRIK WOHLGROTH IST VON DER RÄUMUNG BEDROHT

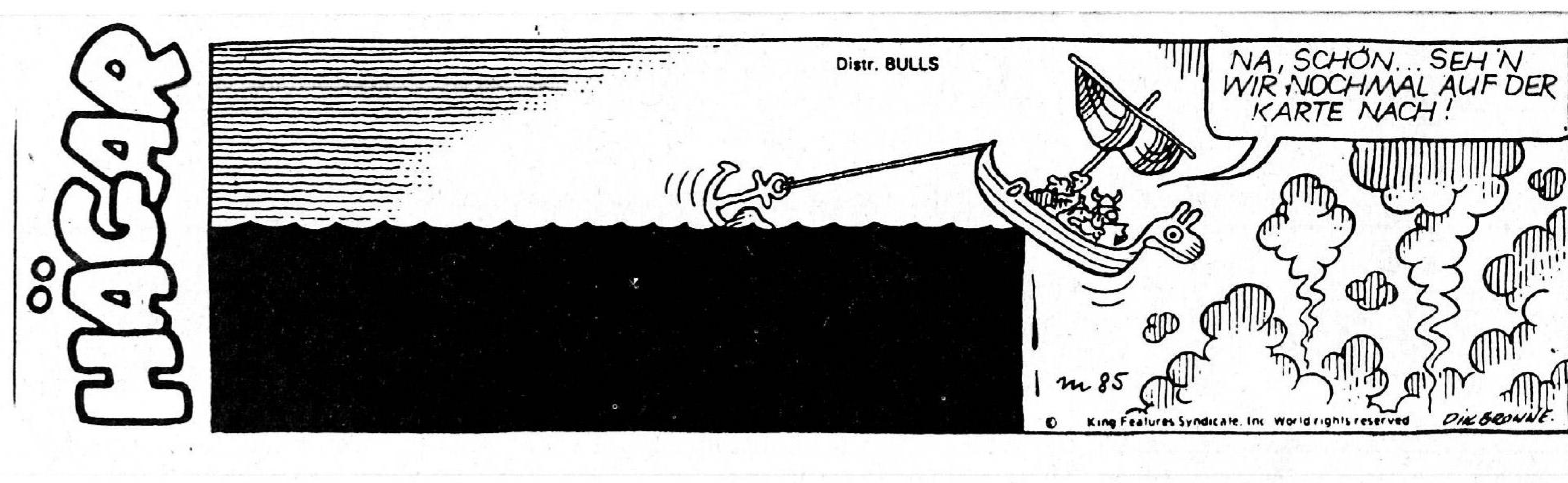
Pfingsten '91 haben wir uns endlich genommen, was wir brauchen:
einen Ort, wo wir gemeinsam leben, arbeiten und festen können. Mittlerweile wohnen in der Wohlgroth ca. 120 Leute in sieben Wohnhäusern, und unzählige mehr beteiligen sich am (Kultur)Betrieb.

Die Wohlgroth ist ein Experimentierfeld ohne feste Strukturen; ein Ort, wo Kultur selbstbestimmt und auch selbsttragend ist; ein Treffpunkt ohne Konsumzwang. Und die Wohlgroth ist ein Gelände, das dem Waffenschieber und Immobilienhai Bührle gehört. Dieser hat die Abbruch- und Baubewilligung für eine Grossüberbauung (2/3 Büroräume, der Rest Luxuswohnungen und Ladenfläche) bekommen:
ein weiterer Schritt in Richtung Umstrukturierung des Kreis 5, Zerstörung von billigem Wohnraum und vielfältigem Quartierleben.

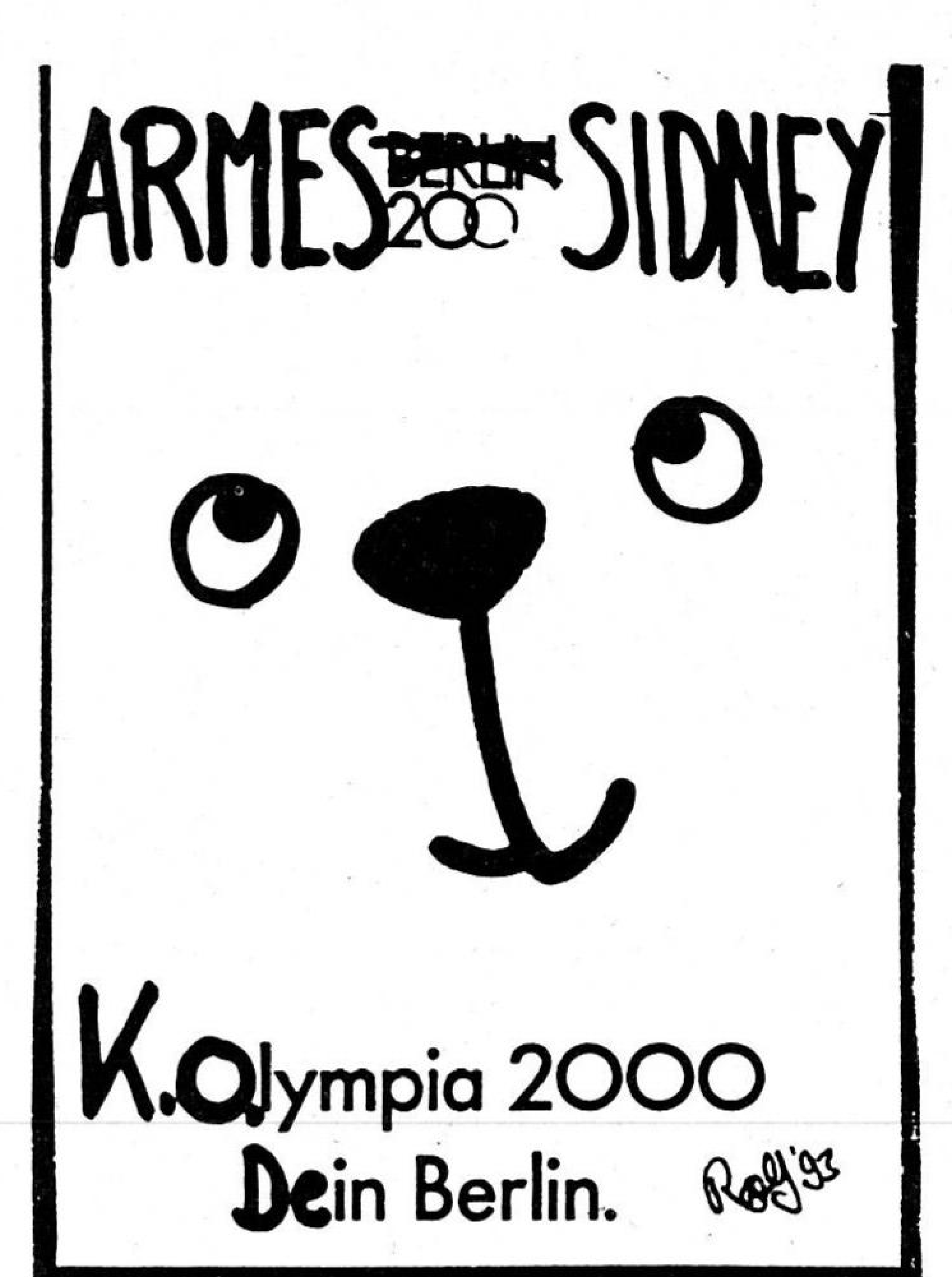
Mit dem Abriss dieser Gebäude stehen nicht nur von einem Tag auf den andern 120 Leute auf der Strasse. Es wird auch ein soziales Netz, das sich in und um die Wohlgroth gebildet hat , zerschlagen.
Die immer wieder geforderten und erkämpften Freiräume (Bunker, Globus, Drahtschmiedli, Rote Fabrik, AJZ, Kanzlei) wurden geschleift oder institutionalisiert.
In der Wohlgroth haben wir gezeigt, dass autonome Strukturen auch über längere Zeit funktionieren können.
Ob Ähnliches trotz neuer Repressionswelle (Kriminalisierung von HausbesetzerInnen) und Mangel an billigem Wohnraum, wieder möglich sein wird, sei dahingestellt.
Und gerade deshalb machen wir trotz anstehender Räumung (ab Mitte September) weiter.

VERHINDERN WIR DIE RÄUMUNG - SIND WIR AKTIV AUF ALLEN EBENEN! KOMMT VORBEI. BESUCHT UNS. HELFT MIT.

DEMO 2. OKT. 13.30 UHR HECHTPLATZ









Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg E.V.
Geschäftsstelle: Drawehner Straße 3 · 29439 Lüchow · Tel. (05841) 4684 · Fax (05841) 3197

23.9.93

Interim e.V.
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Hallo,

wir bitten um Aufnahme nachfolgender Anzeige zu den günstigsten finanziellen Bedingungen oder evtl. als Text

Rechtshilfe-Anfrage
Der Widerstand gegen die Atomanlagen Gorleben soll auf zivilrechtlichem Wege eingeschüchtert werden. 3 Jahre nach der Bohrturmbesetzung (strafrechtlich wurden die Verfahren eingestellt) versucht die BRD jetzt eine Schadenersatzforderung von 126.901,10 DM gesamtschuldnerisch von den TurmbesetzerInnen einzufordern. Das ist ein Angriff auf das Demonstrationsrecht. Gibt es Erfahrungen mit solchen Zivilverfahren? Wer hat sie schon geführt? Auch in anderen Zusammenhängen.
Infos bitte an: EA Gorleben
c/o Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Drawehner Straße 3,
29439 Lüchow, Tel.05841 4684
fax 05841 3197

Spenden erwünscht und nötig: Volksbank Clenze Konto 12945300
BLZ 25861990 (Ermittlungsausschuß)

Hallo Kiezfee, Post für dich in der K 40. ♥ I.



WAT NU?


Solidarität mit Kuba – gerade jetzt!

Im Okt. '93 werden 14 BrigadistInnen aus der BRD an der Brigade 'Jose Marti' teilnehmen und 3 Wochen zusammen mit ca. 200– 300 anderen WesteuropäerInnen und CubanerInnen in einem "Campamento" in der Nähe von Havanna leben und arbeiten. Die Brigade 'Jose Marti' gibt es seit 1973 und sie gibt neben der praktischen Solidarität vorallem AusländerInnen die Gelegenheit, die cubanische Revolution kennenzulernen, darüber zuhause zu berichten und damit ein Gegengewicht zur hiesigen einseitigen Berichterstattung zu schaffen.
Diese Brigade wird auf Cuba vom ICAP (cubanisches Institut für Völkerfreundschaft) und in Westeuropa von den verschiedenen Freundschaftsgesellschaften mit Cuba organisiert.
Als Zeichen der Soidarität wollen wir Sachspenden und einen Geldbetrag als Brigadegeschenk auf Cuba überreichen. 50 % dieser Summe wird in diesem Jahr an die Gesellschaft für motorisch Behinderte in Havanna, 50 % an unseren cubanischen Partner und Veranstalter der der Brigade 'Jose Marti', das Institut für Völkerfrendschaft in Havanna (ICAP) gehen.
Bis zum Beginn der Brigade am 11.10. hoffen wir noch, sowohl Geld- als auch Sachspenden zu bekommen, da es auf Cuba derzeit schlicht und ergreifend an Allem fehlt.

Geldspenden:
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Stichwort: 'Jose Marti'
Postbank Köln
BLZ 370 100 550
Konto-Nr.: 3097 84-507

Sachspenden:
Cuba Si
Stichwort: 'Jose Marti'
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
Telefon 28 40 94 55
Fax 281 41 69

Mehr Computer für die gestreßte Berliner Bürokratie



TERMINE...

Do 30.9. 10 Jahre Wildwasser

Fr 1.10. 10 Jahre Wildwasser
18.oo Uhr KOB -Potsdamer Str.157
"Freiheit für Irmgard Möller"

Sa 2.10. Antifa-Demo Werningerode

So 3.10. 14.oo Uhr DEMO "Gegen den rassistischen Normalzustand"
Mehringdamm/Gneisenaustr.
ab 14.oo Aktionstag Waldeburg (Waldemarstr./Engelbecken)
19.oo Kiezpalaver mit Video (St.Michael Gemeinde,Waldemar-str.8/Dresdenerstr.)
18.oo jeden Sonntag! Vorbereitung (danach Vokü)
Häuser/Wagenburg-Aktionstage
Kastanienallee 77, Prenzl Berg

Di 5.10. Frauen/Lesben Veranstaltung "Freiheit für Irmgard Möller"
Versammlungsraum Mehringhof 19.oo Uhr

Mi 6.10. 19.oo Uhr"Die braunen Zonen der Selbstverwaltung"
El Locco
20.oo Uhr **-nur Frauen** - "OPUS DEI-die Kampfgruppe Gottes"
EX - Mehringhof

Do 7.10. 19.oo Uhr "Die schwarzen Schafe der Arbeiterbewegung"
El Locco

Sa 9.10. LÜBECK - Demo "Freiheit für Irmgard Möller"

Achtung - Achtung - Achtung

Die autonome Olympia-Anti-Bewerbungs-Hetzschrift

NOlympic City 2000

enthält
- präzise Analysen
- bunte Bilder
- den einzigen Berliner Anschlagsstadtplan ...

unerläßlich in jedem WG-Demo-Bildbände-Regal.
Das ideale Geburtstagsgeschenk für jede GenossIn, das auf keinem Gabentisch fehlen darf!
Kauft jetzt solange die streng limitierte Auflage reicht.
Bestellumgen an die lokalen Buchläden. (Kostet 10,-. Die Entscheidungshilfen für´s IOC müssen noch finanziert werden!!)

Aufruf zur DEMONSTRATION am 3.10.93

Gegen den rassistischen Normalzustand!

Die rassistischen Übergriffe in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen sind nur die Spitze vom Eisberg. Kein Tag vergeht ohne Überfälle auf EinwanderInnen und Flüchtlinge, ohne die Schändung von jüdischen Gräbern, ohne Übergriffe auf Linke und alle, die aus der herrschenden Norm fallen. Rassismus ist in Deutschland immer mehr Normalzustand.

Ohne die tatkräftige politische Unterstützung des rassistischen Mobs durch die staatstragenden Parteien hätte so eine Situation aber nicht entstehen können. Die Herrschenden fördern den Rassismus bewußt. Die rechtsradikalen Überfälle und Morde, sowie der alltägliche Rassismus vieler Deutscher, wurden von den Herrschenden benutzt, um die Asylrechtsänderung durchzusetzen. Die rassistische Kontinuität setzt sich fort in den Sozialhilfekürzungen für Flüchtlinge, der Abschiebung von Sinti und Roma, von Kurden und Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien.... .

Die weltweite wirtschaftliche Krise des Kapitals ist durch den Anschluß der DDR in Deutschland noch vertieft worden. Die Herrschenden hetzen gegen EinwanderInnen und Flüchtlinge, neuerdings auch gegen SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose. Wir sollen in Ossis und Wessis, in Deutsche und EinwanderInnen, in EinwanderInnen und Flüchtlinge gespalten werden. Wir sollen nicht in der Lage sein, erfolgreich Widerstand gegen die Umverteilung zugunsten der Reichen und gegen die nationalistische Großmachtspolitik zu leisten. "Wir sitzen alle in einem Boot, denn es geht um unser aller Wohlstand," ist die scheinheilige Botschaft der Herrschenden, in deren Schatten die nationalistischen und faschistischen Kräfte politisch fast unbehelligt agieren können.

Eine plakative Politik der Lichterketten und Weihnachtsgeschenke für Flüchtlinge reicht nicht aus, um den Rassismus ernsthaft zu bekämpfen. Eine Durchsetzung der doppelten Staatsbürgerschaft würde vielen EinwanderInnen den Aufenthalt sichern, ist aber auch kein ausreichendes Mittel, um die rassistischen Übergriffe zu stoppen. Hoffnungsvolle Ansätze sehen wir dort, wo EinwanderInnen, Deutsche und Flüchtlinge gemeinsam im Stadtteil, in der Schule oder im Betrieb ihre Interessen formulieren und versuchen, diese durchzusetzen. An den Orten, wo dauerhaft praktische Solidarität für Flüchtlinge, sei es durch die Unterstützung beim Schutz der Heime oder bei den Kämpfen der Flüchtlinge für bessere Lebensbedingungen im Heim und gegen die Kürzung der Sozialhilfe, geübt wird.

Wer EinwanderInnen und Flüchtlinge für seine soziale Situation verantwortlich macht, schadet sich selbst!

Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten!

Die Verantwortlichen für die Wohnungsnot, die Wuchermieten, die Arbeitslosigkeit sitzen in den staatstragenden Parteien und den Konzernspitzen. Sie heißen Kohl, Kinkel, Reuter, Rappe, Scharping, Staffelt , Diepgen.... .

 **EinwanderInnen, Deutsche und Flüchtlinge gemeinsam gegen Rassismus**

 **gemeinsam für die doppelte Staatsbürgerschaft**

 **gemeinsam für das Bleiberecht und für offene Grenzen**

 **Solidarität statt Solidarpakt!**

Demonstration:

So., 3.Oktober, 14.00 Uhr

Mehringdamm/Gneisenaustr. (U-Bhf Mehringdamm)

Diesen Aufruf unterstützen: Alternative Jugend Berlin, Alternative Linke, Antirassistische Initiative, AStA FU, Die Nelken, Infoladen Daneben, LandesschülerInnenvertretung, Revolutionärer Funke, Vereinigte Linke

V.i.S.d.P.: Franz-Josef Bayer, c/o Haus der Demokratie, Friedrichstr.165, 10117 Berlin